



Leere Versprechungen Hartz IV und die Folgen

Vor zehn Jahren hieß der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland noch Gerhard Schröder. Von großen Hoffnungen begleitet und als „Aufbruch“ aus der „Stillstandsrepublik“ Helmut Kohls gestartet, kam das rot-grüne Reformprojekt bereits nach kurzer Zeit ins Stottern.

Gewählt worden, um die Verhältnisse für die Bevölkerung zu verbessern, präsentierte Kanzler Schröder dem Volk seine „Agenda 2010“, die laut eigener Aussage die Zahl von vier Millionen Arbeitsuchenden innerhalb von vier Jahren auf zwei Millionen reduzieren sollte. Unter der rot-grünen Regierung trat am 01.01.2005 das „vierte Gesetz zur Modernisierung des Arbeitsmarktes“ – nach seinem Erfinder kurz Hartz IV genannt – in Kraft. Was dann passierte, welche Auswirkungen diese tiefgreifende Veränderung der Sozialpolitik hatte, davon handelt unsere zehnteilige Serie.

10 Jahre Hartz IV, das ist wahrlich kein Grund zum Feiern. Mehr als 6 Millionen Menschen sind auf Hartz IV angewiesen, viele von ihnen schon seit Jahren.

10 Jahren Hartz IV setzen wir 10 Gastbeiträge entgegen – politische Auseinandersetzungen aber auch sehr persönliche Erfahrungsberichte.

Teil 1: 10 Jahre soziale Ungerechtigkeit

Autorin: Christiane vom Schloß

Seit April 2012 Mitglied der Piratenpartei im Landesverband Schleswig-Holstein und ab 2013 bei den Sozialpiraten engagiert.

Redakteurin der Flaschenpost seit Juli 2014.



Rückblende: Am 16.8.2002 überreicht der Namensgeber und VW-Manager Peter Hartz dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder die Arbeitsergebnisse der sogenannten Hartz- Kommission auf einer CD-ROM. Der medienwirksame Showauftritt ist begleitet von vollmundigen Versprechen Gerhard Schröders und des Leiters der Kommission, Peter Hartz: Innerhalb von drei Jahren sollen die geplanten Reformen schrittweise die Arbeitslosigkeit halbieren und zwar bis zum angestrebten Ziel der Vollbeschäftigung.

Am 1. Januar 2005 traten dann die geplanten Reformen unter dem Schlagwort „Agenda 2010“ in Kraft. Dieses Reformpaket sollte Deutschland fit machen für die Zukunft, den Wirtschaftsstandort sichern und vor allem Geld sparen; die Hoffnungen der Bundesregierung auf den durchschlagenden Erfolg der neuen Gesetzgebung waren gewaltig.

DIE SCHÖNE NEUE WELT DER AGENDA 2010

Den Kern der in den Folgejahren immer wieder nachgebesserten Reform des Kabinetts von Bundeskanzler Schröder bildeten radikale Kürzungen des Arbeitslosengeld I, das vor der Einführung der sogenannten Agenda 2010 über zwei Jahre bezogen werden konnte, und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe.

Mit dem Stichtag 1.1.2005 galten Menschen je nach Lebensalter bereits nach 12 spätestens nach 18 Monaten als langzeitarbeitslos und verloren jeden Anspruch auf Arbeitslosengeld I, egal, wie viele Jahrzehnte sie zuvor in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten. Folgeschwer war auch die konsequente Abschaffung der auf das Arbeitslosengeld I folgenden Arbeitslosenhilfe, denn Sozialhilfe und Arbeitslosengeld wurden zum sogenannten ALG II zusammengefügt – im Volksmund „Hartz IV“ genannt. So sollte es gelingen, Leistungsempfänger zu unterstützen und gleichzeitig wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, hoffte die Schröder-Regierung.

Jeden, der noch nicht in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatte, zum Beispiel Studenten nach dem Examen, aber auch Langzeitarbeitslose nach der neuen Definition, erfasste das neu geschaffene System als sogenannte Leistungsempfänger des ALG II.



Für den Mittelstand in Deutschland war dieser Einschnitt gravierend und schmerzhaft. Schlussendlich galt bis 2004 die Arbeitslosenhilfe – im Unterschied zum ALG II – als Versicherungsleistung. Die Bezugsdauer war zeitlich unbegrenzt, steuerfrei und erfolgte unbar und rückwirkend am Monatsende. Nur einmal im Jahr überprüfte das Arbeitsamt die Fortzahlung. Mehrere Nebenbeschäftigungen durften die Menschen, die Arbeitslosenhilfe bezogen, ausüben, solange sie bei diesen Jobs insgesamt unter einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 bzw. bei Selbstständigkeit unter 18 Stunden blieben, denn es existierte ein monatlicher Freibetrag von 165 €. Erst wenn das Nebeneinkommen diesen Freibetrag überstieg, wurde der selbst erwirtschaftete Betrag von der Arbeitslosenhilfe abgezogen.

Zuletzt, im Jahr 2004, betrug die Arbeitslosenhilfe 53 % beziehungsweise 57 % des pauschalierten Nettoentgelts (Leistungsentgelt). Den erhöhten Leistungssatz erhielten Arbeitslose, wenn sie oder ihr Ehegatte beziehungsweise Lebenspartner ein Kind im Sinne von § 32 Abs. 1, 3 bis 5 Einkommensteuergesetz hatten.

Mit der Einführung des ALG II war dieser Anspruch verloren und darüber hinaus die Sozialhilfe durch die Hintertür gekürzt worden. Die laufenden Leistungen der alten Sozialhilfe erschienen vordergründig betrachtet niedriger als die Regelleistung des damals eingeführten ALG II, wurden aber durch diverse Einmalleistungen aufgestockt. Diese zusätzlichen Leistungen schaffte die Bundesregierung mit der neuen Gesetzgebung weitgehend ab.

Begleitet von euphemistischen Wortschöpfungen schuf das damalige Kabinett Schröder die schöne neue Welt der Jobcenter: Aus ehemaligen Mitarbeitern der Arbeitsämter oder Sozialämter wurden „Fallmanager“ (in den Jobcentern der Optionskommunen) oder „PAPs“ („Persönliche Ansprechpartner“ in den gemeinsamen Einrichtungen der BA und der Kommunen); aus auf Hilfe angewiesenen Menschen „Kunden“. Die Zeche zahlte die Gesellschaft, unter anderem durch die tiefgreifende Unsicherheit des Mittelstands und die Angst vor dem sozialen Abstieg. Denn egal, wie lange jemand gearbeitet hatte, gleichgültig über welche berufliche Qualifikation Menschen verfügten, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit drohte das Hartz IV-Stigma jedem Betroffenen. BA-Vizepräsident Heinrich Alt enthüllte dem Berliner „Tagesspiegel“ die völlig unverblümete Wahrheit über das Leben vom Hartz IV-Regelsatz: „Nur Lebenskünstler können auf Dauer von 364 Euro im Monat leben. Als Überbrückung ist das vertretbar, aber auf lange Sicht ist Transferbezug menschenunwürdig. Deswegen sollten wir daraus auch keinen Dauerzustand werden lassen.“

Für zahlreiche Menschen in Deutschland ist das aber ein „Dauerzustand“ geworden. Eine neue Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt, dass im Jahr 2013 bundesweit 6,12 Millionen Menschen auf Hartz IV angewiesen wa-

ren. 2,82 Millionen Menschen bezogen die „Grundsicherung für Erwerbslose“ schon mehr als vier Jahre!

DEUTSCHLAND WURDE ZUM NIEDRIGLOHNLAND

Der Arbeitsmarkt veränderte sich in den Folgejahren grundlegend, denn die Angst der Arbeitnehmer vor dem Verlust des Arbeitsplatzes stieg. Immer mehr Erwerbstätige waren gezwungen, Kompromisse einzugehen, z.B. auf Lohn zu verzichten und Arbeitszeitverlängerungen klaglos hinzunehmen. Mit der Einführung der Hartz IV-Gesetze wuchs der Niedriglohnsektor krebbschwärartig und die Anzahl der Arbeitnehmer in prekären (also unsicheren und schlecht bezahlten) Beschäftigungsverhältnissen stieg. Denn auf einmal war per Gesetz jeder Job für jeden Menschen zumutbar. Hunderttausende Menschen – im Fachjargon „Aufstocker“ genannt – sind heute trotz Vollzeitjob auf Hartz IV angewiesen, eine Konsequenz des immer weiter expandierenden Niedriglohnbereichs.

Die Äußerungen von Gerhard Schröder anlässlich des „World Economic Forum“ in Davos am 28.1.2005 lassen sich eindeutig zuordnen: Das eigentliche Ziel der Agenda 2010 war der Aufbau eines Niedriglohnsektors nach britischem Vorbild – gewissermaßen als Geschenk der Politik an die Wirtschaft.

Die Einführung der „Ein-Euro-Jobs“ setzte den Arbeitsmarkt in der Folge weiter unter Druck, wobei Hamburg ab dem 1.12. 2014 – fast logisch – die „Null-Euro-Jobs“ zu etablieren versucht.

SANKTIONEN DURCH JOBCENTER SCHÜREN DEN KREISLAUF DER ANGST

Wer sich weigert, die teilweise menschenunwürdigen Regelungen im Jobcenterbetrieb zu akzeptieren, wird – wie es im Jobcenter-Sprachgebrauch heißt – „sanktioniert“. Dies bedeutet, dem Betroffenen wird die Grundsicherung des ALG II teilweise oder sogar vollständig von den Jobcentermitarbeitern gestrichen. Die Folgen sind wachsende Armut und Obdachlosigkeit.

Kritische Stimmen ertönen sogar aus den Kreisen der Verantwortlichen. Hartz IV-Sanktionen bringen nichts, erklärt 2013 der Leiter des Jobcenters Kiel, Michael Stremlau, als er die folgende „Geschäftliche Mitteilung“ im Sozialausschuss der Landeshauptstadt Kiel zum Thema „Situation bei Sanktionen von Leistungsbeziehern bis 25 Jahren“ vorstellte. Wortwörtlich steht dort: „Sanktionen haben den Zweck, eine Verhaltensänderung herbeizuführen. Die Erfahrungen der letzten neun Jahre haben gezeigt, dass mit der Verhängung einer Sanktion nur selten Impulse zur Motivationssteigerung gesetzt werden konnten. Oft verstärkt eine Sanktion Rückzug und Antriebsarmut. Sie stören das Vertrauen in die Behörde als ›Partnerin‹, fördert destruktive Verhaltensweisen und ziehen erhebliche Zeitverluste im Integrationsprozess nach sich.“

HARTZ IV MACHT MENSCHEN EINSAM UND PSYCHISCH KRANK

Das Forschungsinstitut IAB dokumentierte vor kurzem, dass sich arbeitslose Hartz IV-Empfänger wenig in die Gesellschaft integriert fühlen. Nach der jüngst erschienenen Studie kann sich kaum mehr als jeder vierte Hartz IV Empfänger die Mitgliedschaft in einem Verein, einer Gewerkschaft oder sonstigen Organisation leisten. Im Vergleich ist bei Erwerbstätigen jeder zweite ein Vereinsmitglied. Außerdem schätzen Hartz-IV-Bezieher ihre Gesundheit schlechter ein als Erwerbstätige, was sich aus einer zweiten IAB-Studie ergibt. Vier von Zehn ALG II Empfängern gaben in einer Umfrage an, gesundheitlich stark eingeschränkt zu sein.

JEDEM SEINE WAHRHEIT...

Als „Jahrhundert-Flop“ bezeichnet Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die umstrittene Reform und verweist auf die wachsende Armut in Deutschland, vor allem die Kinder- und Altersarmut durch zu geringe Regelsätze sowie die unveränderte Anzahl der Langzeitarbeitslosen. Er fordert in einem 10-Punkte-Plan die Regierung zum Handeln auf. Der ganze Statistikswindel sinkender Arbeitslosenzahlen sei durch eine „Amerikanisierung“ des Arbeitsmarkts durch die Einführung von Hartz IV teuer erkaufte worden.

Peter Hartz selbst erkannte frühzeitig die fatalen Auswirkungen seiner Reform und versuchte sich zu distanzieren: „Nicht überall wo Hartz drauf steht, ist auch Hartz drin.“ In dem 2007 erschienenen Buch „Macht und Ohnmacht“ stellte er zudem fest: „Herausgekommen ist ein System, mit dem die Arbeitslosen diszipliniert und bestraft werden.“

Hartz IV sei eine zehnjährige Erfolgsgeschichte, verteidigen andere Verantwortliche vehement das umstrittene System, denn die Zahlen der Leistungsempfänger seien schließlich von 2005 an zurückgegangen.

„Dazu arbeiten nun in fast allen Jobcentern die Kommunen mit ihren Sozialleistungen wie Drogen- oder Schuldnerberatung sowie die Bundesagentur mit ihrem arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenbündel zusammen. Dies klappe inzwischen sehr gut“, erklärt Renata Häublein, Geschäftsleiterin der bayrischen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit der Presse. Dokumentiert ist das nicht, dokumentiert sind jedoch die offensichtlichen systematischen Schwächen und die Rechtsunsicherheit, unter der die „Kunden“ der Jobcenter leiden, weil ihnen Leistungen durch falsche Bescheide vorenthalten werden.

KLAGEFLUTEN UND RECHTSUNSICHERHEIT

Nachweislich stieg der Verwaltungsaufwand für Jobcentermitarbeiter sowie Leistungsempfänger enorm an: Die Klagen über rechtlich problematische Leistungsbescheide beschäftigen Gerichte in einem solchen Ausmaß, dass die Sozialgerichte die Arbeit kaum bewältigen können. Ende August letzten

Jahres gab es rund 200.000 Einsprüche von Betroffenen gegen falsche Bescheide bei den Sozialgerichten, wobei eine hohe Dunkelziffer nicht zu vernachlässigen ist: Viele Betroffene scheuen aus Angst oder Unkenntnis der Rechtslage die Konfrontation mit der Behörde. Jeder zweiten Klage wurde ganz oder zumindest teilweise stattgegeben, weil das Jobcenter im Unrecht war. In großem Stil werden so Menschen in unserem Rechtsstaat um ohnehin karge Leistungen, auf die sie zum Überleben angewiesen sind, betrogen.

10 JAHRE HARTZ IV – ZEIT FÜR EINE NEUE REFORM?

Zehn Jahre später steht Deutschland am Scheideweg. Wie viel Kinder- und Altersarmut kann unsere Gesellschaft mitansehen? Wie viel daraus resultierende Politikverdrossenheit und Anwachsen extremer, gewaltbereiter Kräfte erträgt unsere Demokratie? Am 1.1.2005 zeigte Deutschland Reformwillen – der in die falsche Richtung ging. Verteidiger und Kritiker wurschteln seit Jahren an den schlimmsten Auswüchsen einer komplett gescheiterten Reform namens Hartz IV herum.

Wir Sozialpiraten sind der Meinung, es ist wieder soweit: 10 Jahre Hartz IV sind genug! Ein BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) kann eine würdige Teilhabemöglichkeit auf der sozio-kulturellen Ebene erzeugen und zugleich Existenzsicherung für alle Menschen sein!

In unserem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 haben wir definiert, dass ein BGE „die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.“ soll. Dieser Teil aus dem Wahlprogramm könnte noch der weiteren Erläuterung dienen oder zu ausführlich sein: Wir wissen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Paradigmen des Sozialstaats wesentlich verändern wird. Statt mit klassischer Parteipolitik muss dessen Einführung daher mit einer breiten Beteiligung der Bürger einhergehen. Wir nehmen viele engagierte Menschen wahr, die sich seit Jahren in- und außerhalb von Parteien für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen.“

Im Hamburger Wirtschaftsinstitut haben Wissenschaftler errechnet, dass ein Grundeinkommen machbar ist. Wenn eine ehrliche Diskussion in unserer Gesellschaft stattfindet und die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger dies will, könnte das BGE eingeführt werden. Dafür müssen wir grundlegende Fragen stellen und diese auch beantworten: Was ist uns zukünftig wichtig? Ist eine humane, demokratische Gesellschaft den finanziellen Aufwand des BGEs wert oder wollen wir uns mit den Grundrechtsverletzungen und der Rechtsunsicherheit in den Jobcentern sowie der wachsenden Armut in Deutschland arrangieren?

Teil 2: Zynismus in Gesetzesform

Autorin: Atari-Frosch

Mitglied der Piratenpartei seit Mai 2011 im Landesverband NRW



Ich bin „Hartzler“. Daraus mache ich auch kein Geheimnis, denn es ist heutzutage nichts, wofür man sich schämen müsste. Erst recht nicht als (nicht offiziell diagnostizierte) Autistin mit einer chronischen Depression. So darf ich mich also mit dem herumschlagen, was sich das Amt für Repression, Grundrechtsentzug und Existenzvernichtung (ARGE), offiziell JobCenter genannt, so für mich „Sozialschmarotzerin“ ausdenkt.

Für mich braucht es nicht die extrem zynische Weihnachtskarte, welche die Bundesarbeitsagentur kurz vor den Feiertagen unter anderem an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages versandt hat. Ich muss nur meinen persönlichen Jahresrückblick betrachten, um zu wissen, daß dieses System nicht das ist, was es behauptet zu sein.

Zur Vorgeschichte: Da ich aufgrund meiner Einschränkungen und meines Alters auf dem Arbeitsmarkt sowieso keine Chancen mehr habe, hatte ich im Frühjahr 2012 beschlossen, es mit einer Selbständigkeit zu versuchen. Denn ich hatte und habe nicht vor, dauerhaft in diesem menschenverachtenden Zwangsverarmungssystem steckenzubleiben und meine Lebenszeit damit zu vergeuden, mich schikanieren zu lassen. Daß mein Wunsch nach einem Beratungstermin vom ARGE Düsseldorf-Mitte von März 2012 bis August 2012, also über fünf Monate lang, verschleppt wurde, war das eine, und ein Stück weit konnte ich das sogar noch sportlich sehen, da meine Existenz nicht dranhing.

IN DIESEM JAHR LIEF DAS ANDERS. DIESMAL HING MEINE EXISTENZ DRAN.

Wenn man sich als Hartz-IV-Bezieher selbständig macht, wird man dazu verpflichtet, alle sechs Monate zusammen mit dem (Weiterbewilligungs-)Antrag die sogenannte Anlage EKS auszufüllen, und zwar einmal mit Werten, von denen man denkt, daß man sie mit der Firma erwirtschaften wird, und einmal mit den tatsächlich erwirtschafteten Beträgen. Dabei kippt man praktisch die halbe Buchführung in dieses Formular. Bereits bei Einzel-Selbständigen kann man in Zweifel ziehen, daß es sinnvoll ist, auf sechs Monate im voraus die Einnahmen und Ausgaben anzugeben. Denn leider wird die dafür benötigte Glaskugel nicht mitgeliefert.

Allerdings bin ich nicht in eine Einzel-Selbständigkeit gegangen, sondern habe mit einem Freund zusammen eine Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt) gegründet. Diese Unternehmensform wurde 2008 ins GmbH-Gesetz geschrieben, weil es der deutsche Gesetzgeber nicht so lustig fand, dass Neugründer sich für die britische Ltd. entschieden, bei der man zwar ebenfalls aus der persönlichen Haftung raus ist, aber die eine wesentlich geringere Einlage als die deutsche GmbH fordert. Der Haken für den deutschen Fiskus dabei: Die Ltd. zahlt ihre Steuern an Großbritannien, auch wenn sie ihren Sitz in Deutschland hat. Also musste eine eigene Lösung her, die diese Steuern im Land hält.

Die Tatsache, dass die UG eine Kapitalgesellschaft, mithin eine eigene juristische Rechtsperson mit eigenen Rechten und Pflichten ist, hielt das ARGE jedoch nicht davon ab, von mir diese Anlage EKS zu fordern. Ich dachte ja zunächst an einen Fehler, und stellte deshalb erst einmal ein paar Fragen. Diese Fragen warf ich am 30. Oktober 2013 in den Hausbriefkasten des ARGE Düsseldorf-Mitte in der Luisenstraße 105 ein. Eine Antwort kam nie.

Was kam, war Ende Dezember ein Schreiben des ARGE, daß ich doch bitte schön endlich die Anlage EKS abliefern solle. Außerdem wollte man dann noch den Gewerbeschein dazu haben. Ich kopierte am 15. Januar 2014 den Gewerbeschein, verwies wegen der Anlage EKS auf mein Schreiben vom Oktober 2013 und warf das wieder in den Hausbriefkasten ein. Es erfolgte wiederum keine Antwort.

Im April 2014 warf ich ganz normal meinen Weiterbewilligungsantrag ein – in denselben Hausbriefkasten. Daraufhin kam ein Bescheid, wie üblich; allerdings nicht mit dem üblichen Inhalt. Stattdessen wurde mir mitgeteilt, daß man mir die Leistungen vollständig versage, weil ich meiner Mitwirkungspflicht nicht Genüge getan hätte. Es ging um die Anlage EKS und den Gewerbeschein.

ÄHM. UND WO WAREN MEINE BRIEFE ABGEBLIEBEN?

Aus der Erfahrung heraus, daß bei diesem ARGE nichts funktioniert, wenn man nicht direkt mit dem großen Hammer draufhaut (siehe den Versuch von 2012, einen Termin zu bekommen), legte ich Widerspruch ein, beantragte eine Einstweilige Verfügung beim Sozialgericht und reichte, als sich kurz darauf die Gelegenheit ergab, eine Petition beim Petitionsausschuß des Landtages NRW ein.

Beiden, dem Sozialgericht und dem Landtag, erzählte das ARGE die gleiche Geschichte: Die beiden erwähnten Briefe seien halt mal einfach nicht in der Akte. Ja, kann ich da was für, wenn der Hausbriefkasten in der Luisenstraße 105 ein selektives Loch hat, in dem „zufällig“ all das verschwindet, was Zwangsverarmte an zusätzlichen Ansprüchen stellen? OFFENBAR JA. Denn das Sozialgericht lehnte meinen Antrag ab. Das ARGE hatte dort als „Stel-



lungnahme“ einen Satz Textbausteine hingeschickt, der letztlich auf die Mitwirkungspflicht hinwies und eben die Behauptung aufstellte, ich hätte Unterlagen nicht eingereicht. Auf meinen Widerspruch ging es kaum ein; der Richter zitierte zwar einen Absatz daraus, zog aus dem Inhalt aber keinerlei Schlussfolgerungen. Der Job muss ja auch sehr einfach sein.

Der Petitionsausschuss beim Landtag NRW hörte mich an, dann bekam ich einen Brief, dass das jetzt ein paar Monate dauern könne, und jede nachgelieferte Information würde das noch verzögern. Danke auch.

Nach Monaten bekam ich schließlich Post vom Petitionsausschuss des Bundestages, an welchen der des Landtages NRW die Sache – ohne bei mir anzufragen, ob ich das denn wünsche – abgegeben hatte. Der Petitionsausschuss des Bundes wiederum bekam später noch eine Stellungnahme vom ARGE Düsseldorf-Mitte, mit der bereits bekannten Aussage, die Unterlagen seien „schlicht nicht in der Akte“. Kurz: Eine Petition beim Landtag NRW mit Bezug auf das örtliche ARGE kann man sich offenbar sparen, erst recht, wenn die Sache dringlich ist.

Ich informierte natürlich erst einmal meinen Vermieter und kratzte meine letzten finanziellen Reserven zusammen. Außerdem holte ich mir nach der Klatsche vom Sozialgericht einen Beratungshilfeschein vom Amtsgericht und beauftragte eine Fachanwältin für Sozialrecht, Klage einzureichen.

Was jemand macht, der dann keinerlei Reserven und keinerlei Unterstützung hat, möchte ich glaube ich gar nicht so genau wissen. Ich hatte Glück im Unglück und bekam von einer Freundin ein Darlehen. Andere hätten da schon die Wohnungskündigung im Briefkasten gehabt, Strom und Gas wären gesperrt, und fürs Essen müssten sie Pfandflaschen sammeln oder stundenlang an der Tafel anstehen, um die Abfälle der Supermärkte abzugreifen.

Erst nachdem sie von der Klage erfahren hatten, fiel den Herrschaften vom ARGE ein, dass man ja vielleicht mal mit mir reden könnte. Ich wurde für einen Termin Ende Juni eingeladen. Diese Einladung kam ohne jegliche Sanktionsdrohungen, denn da ich gerade nicht im Bezug war, konnte man mir auch nichts mehr wegkürzen. Andererseits kam sie aber auch ohne jeglichen genaueren Hinweis, was man besprechen wolle, es hieß lediglich, man wolle meine „leistungsrechtliche Situation“ besprechen. Ich halte jede Wette, daß diese Einladung ohne die Klage nie gekommen wäre.

Beim Termin wurde dann nach der Anlage EKS und der Gewerbeanmeldung gefragt. Nein, das stand nicht in der Einladung, stattdessen durfte ich mir anhören, dass ich mir das doch hätte denken können!!! Meine Fragen zur Anlage EKS trug ich nun zum dritten Mal, diesmal mündlich, vor, und bekam zur Antwort, man müsse diese Firmendaten haben, weil man ja sonst überhaupt nicht überblicken könne, welche Ansprüche ich an die Firma stellen könne. Welche Rechte die Firma selbst hat, interessierte die Sachbearbeiterin (bzw.

eigentlich sogar Teamleiterin) nicht. Was mir bei diesem Termin ansonsten auffiel, war diese kognitive Dissonanz, die ich durchaus auch schon vorher bei Sachbearbeitern des ARGE bemerkt hatte, wenn auch nicht so deutlich. Sie sehen sich selbst offenbar nicht als Vertreter der Behörde, nach deren System sie arbeiten, sondern klinken sich gedanklich völlig davon aus, was sie mit ihrem „ich mach doch nur meine Arbeit“ bei ihren zynisch „Kunden“ genannten Opfern anrichten. Der ständige Wechsel der Sachbearbeitung macht das Ganze noch einfacher: Alles, was vorher geschehen ist, kann man problemlos abwerten oder gleich ganz ignorieren, denn wenn es überhaupt geschehen ist, war's ja irgendjemand anderes. Das kann keine Betriebsblindheit mehr sein, das sind schon absichtlich aufgesetzte Scheuklappen.

Den neuen Termin am 1. Juli sagte ich eine Stunde vorher ab. Ich war so tief in einer Depressionsphase gewesen, dass ich nicht straßentauglich, geschweige denn fit genug für einen ARGE-Termin war. Dabei stellte ich so nebenbei fest, daß die „Durchwahl“, die mir die Teamleiterin auf ihren Schreiben angegeben hatte, gar keine Durchwahl ist, sondern mich in ein Call-Center irgendwo in den östlichen Bundesländern rauskommen ließ, wo die dortige Dame erst einmal gemütlich anfangen wollte, massenweise persönliche Daten von mir abzufragen, die angeblich nicht in der elektronischen Akte stehen. Nein, das war nicht Zweck meines Anrufes gewesen.

Meine Unterlagen habe ich dann per Post geschickt – als Einschreiben, damit sie nicht wieder in dieses ominöse „Loch im Briefkasten“ fallen können.

Es wäre aber zu einfach gewesen, wenn das gereicht hätte. Ich bekam danach einen Anruf, in welchem mir die Sachbearbeiterin (also eine unter der Teamleiterin, bei der ich Ende Juni war) mitteilte, man habe jetzt durch die Gewerbebeanmeldung erst erkannt, daß da ja noch jemand anderes an der Firma beteiligt sei. (ACH!) Nun forderte sie noch den Handelsregisterauszug für die UG und den Gesellschaftervertrag an.

Das ist ungefähr so, als würde man von jemandem, dessen Personalausweis man gerade gesehen hat, jetzt noch die Geburtsurkunde und das Familienstammbuch sehen wollen. Warum? Den Gewerbeschein für eine UG bekommt man nur, wenn man beim Gewerbeamt genau diese beiden Dokumente, nämlich den Handelsregisterauszug und den Gesellschaftervertrag, vorlegt. Die Anruferin meinte noch, ich würde das noch schriftlich bekommen, sie rufe nur an, damit ich über den Brief nicht erschrecke. LOL?

Der Witz war dann, daß in dem angekündigten Brief dann schon wieder ganz andere Unterlagen verlangt wurden; die Unterlagen zur UG waren darin nicht einmal am Rande erwähnt. Auf einmal wollte man überhaupt nicht mehr darüber Bescheid gewusst haben, wie hoch eigentlich meine Mietnebenkosten und meine Heizkosten sind. Ansonsten könne man mir keinen neuen Bescheid ausstellen.



MIR PLATZTE DER KRAGEN.

Ich stellte ein Ultimatum: Zum 20. August werde ich einen positiven, rechtsmittelfähigen Bescheid sowie eine Vorab-Barauszahlung in Höhe von mindestens 250 € in Händen halten, und die Auszahlung der seit 1. Mai rückständigen Beträge ist zumindest angestoßen. Ansonsten werde ich eine Strafanzeige stellen und diese auch umgehend im Blog publizieren.

Das ARGE erklärte mir schweigend, dass ihm meine Rechte weiterhin egal sind. Die Strafanzeige wegen Unterschlagung, Betruges, Gesundheitsschädigung im Amt, Verleumdung, Bruch des Diensteides und „aller weiteren in Frage kommenden Delikte“ ging am 21. August, nachdem ich meinen Briefkasten noch einmal geprüft hatte, zur Post.

Zwar hatte ich bereits die Erfahrung gemacht, dass Strafanzeigen gegen Repressionsbehörden von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf (incl. Generalstaatsanwalt) schon grundsätzlich mit fest zugekniffenen Augen zurückgewiesen werden, weil man da halt einfach keine Straftaten erkennen könne, aber die erhoffte Wirkung war ja auch eine andere. Und diese Wirkung trat ein.

AUF EINMAL WAR ICH WIEDER IM LEISTUNGSBEZUG.

Auch wenn dabei noch einmal ausführlich das Verschleppungsspielchen gespielt wurde, erhielt ich letztlich gegen Ende September die komplette Nachzahlung. Das heißt aber nicht, dass die Sache für mich ausgestanden war, denn erst kamen noch die Aufräumarbeiten, die immer noch nicht vollständig abgeschlossen sind.

Was mir keiner ersetzen kann, sind die verlorenen Monate, in denen ich wegen der heftigen Depressionen vieles liegenlassen mußte, was hätte getan werden müssen. Noch im Dezember war zum Beispiel unklar, ob ich notwendige Verwaltungsarbeiten für die Firma, die ich eigentlich problemlos über diese Monate verteilt hätte erledigen können, so weit fertigbekomme, daß der Firma keine Nachteile entstehen.

Was auch nicht einfach so vorbei ist, ist die stärker gewordene Depression. Ich war seit Jahren nicht mehr in so einem schlimmen Zustand gewesen, und beim letzten Mal hatte ich Jahre gebraucht, um mich davon zu erholen. Ich kann nur hoffen, dass es dieses Mal schneller geht.

Allerdings gibt sich das ARGE schon seit dem erneuten Wiederbewilligungsantrag im Oktober wieder Mühe, jegliche Hoffnungen auf mehr Ruhe zu zerstören. Ich soll schon wieder Dinge nachweisen, damit ich auch im Februar noch die vollen Leistungen beziehen kann. Dinge, die das ARGE seit vielen Jahren weiß. Mir könnte ja sonst vielleicht langweilig werden.

Kürzlich gab ich einem Journalisten von DeutschlandRadio Wissen ein Interview (leider in nur geringen Teilen ausgestrahlt in der Sendung Willkommen

im Hartzland. Zur Recherche fragte der Journalist (mit meiner Erlaubnis) auch beim ARGE Düsseldorf-Mitte an, was da denn gelaufen sei.

Die Antworten von dort sind bezeichnend: Man geht beim ARGE Düsseldorf-Mitte einfach mal davon aus, daß es kein Problem ist, wenn der Bezug mal ein paar Monate unterbrochen ist, wenn später alles nachgezahlt wird, wenn die Unterlagen vorliegen (sprich, wenn man keine Ausrede mehr dafür hat, warum sie nicht bei den Akten sind). Ich sei doch eigentlich ununterbrochen im Bezug gewesen.

Hmja, dann habe ich mir die Existenzängste, die massiven Depressionsschübe und die damit verbundenen Suizidgedanken in diesem Sommer vermutlich nur eingebildet, denn laut ARGE ist ja eigentlich gar nichts passiert.

Teil 3: Die Würde des Menschen ist unantastbar...

Der Autor:

Torsten Sommer

Seit 2009 Mitglied der Piratenpartei.

Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen seit 31.

Mai 2012. Hier u.a. ordentliches Mitglied im Ausschuss

für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Arbeitspolitischer

Sprecher der Landtagsfraktion.



DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR ...

..es sei denn, der Mensch bezieht Hartz IV! Hier gilt der Artikel 1, Absatz 1 unseres Grundgesetzes nur sehr eingeschränkt. Denn obwohl es in vielen Gegenden unseres Landes keine freien oder passenden Arbeitsstellen gibt, muss der Hartz IV Bezieher Eingliederungsvereinbarungen abschließen. Schließt er sie nicht ab, kann das Jobcenter per Verwaltungsakt eine Eingliederung „erlassen“. Das Ziel, ihn damit in Arbeit zu bringen, wird damit fast nie erreicht und kann bei vielen Menschen auch gar nicht erreicht werden.

Die benötigten Arbeitsstellen gibt es oft einfach nicht. Egal wie viele Eingliederungsvereinbarungen geschlossen/erlassen werden. Machen Opel und Nokia dicht, gibt es entsprechende Arbeitsstellen in Bochum und Umgebung nicht mehr. Da kann der einzelne Mensch sich bemühen wie er will!

Hier wird also nur eine Grundlage für Sanktionen geschaffen. Das sogenannte „pflichtwidrige“ Verhalten beinhaltet aber auch, dass bereits bei einmaliger Unpünktlichkeit sanktioniert werden kann. Bei unter 25-Jährigen sogar sanktioniert werden muss. Diejenigen, die in den Jobcentern diese Sanktionen gegenüber ihren Mitmenschen durchsetzen müssen, werden genauso allein gelassen. Eine viel zu hohe Betreuungsquote von oft einem, dazu noch befristet beschäftigten Sachbearbeiter für 150 Leistungsbezieher, bei gleichzeitigem Druck des Jobcenters, seine Sanktionsquote zu erreichen, führt zu einem immens hohen Krankenstand unter den Mitarbeitern. Dazu kommen noch die hohen gesellschaftlichen Folgekosten durch juristische Auseinandersetzungen, bei denen in fast jedem zweiten Bescheid der Jobcenter gravierende Fehler festgestellt werden.

WAS BRINGT UNS ALSO DIESES SYSTEM?

Abschreckung! Dieses System soll abschrecken. Jeder soll wissen, dass er vom Staat keine Hilfe, sondern Gängelung zu erwarten hat. Jeder soll sich gefälligst selbst um einen Job kümmern. Egal wie schlecht die geleistete Ar-

beit dann entlohnt wird, ob es sich um ein befristetes Arbeitsangebot, Leiharbeit oder Teilzeit handelt. Das führt zu einem seit 10 Jahren stagnierendem Reallohniveau in Deutschland bei gleichzeitig rasant steigenden Unternehmensgewinnen. Und diese Gewinne zahlen einzig die Arbeitnehmer. Aktuelle Zahlen aus NRW belegen beispielsweise, dass die Zahl der Niedriglohn-Jobs von 1,3 auf 1,7 Mio. gestiegen ist.

ODER EINFACH AUSGEDRÜCKT:

Immer mehr, immer schlechter bezahlte Menschen schaffen immer mehr Gewinn für immer weniger Menschen. Das ist das System, das hinter Hartz IV steht. Daher fordern wir die Abschaffung aller Sanktionen im SGB II und III !

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ GG, Art. 1 Abs. 1 (da sind wir konservativ)

Teil 4: Erlebnisse einer Betroffenen

Die Autorin:

*Maja Tiegs ist 29 Jahre alt, ausgebildete Kauf-
frau im Groß- und Außenhandel und stellvertre-
tende Vorsitzende der Piratenpartei NRW.*



Als ich meinen ersten Antrag auf ALG II ausfüllte, habe ich über den Formularen gesessen und geweint. Ich war damals 20, wohnte noch bei meinen Eltern und ging noch aufs Gymnasium. Aber da mein Vater arbeitslos geworden und ich über 18 war, musste ich meinen eigenen Antrag ausfüllen, auch wenn ich gar nicht 'arbeitsuchend' war. Und das Amt wollte alles von mir wissen. Über meine persönlichen Verhältnisse. Über meinen ganzen Besitz. Sie wollten über jeden Cent, den ich besaß, Bescheid wissen. Sogar über mein Sparbuch, auf dem noch ganze 6 € waren. Ich habe das damals als unglaublich demütigend empfunden.

„DU HAST KEIN RECHT AUF PRIVATSPHÄRE MEHR, WEIL DU AUF DIE FINANZIELLE HILFE DES STAATES ANGEWIESEN BIST.“

Und diese Demütigung ist nur der Einstieg in ein krankes System. Wer schon einmal in der misslichen Lage war auf ALG II angewiesen zu sein, der wird mir sicher zustimmen: Niemand ist gerne 'Hartz-IV-ler'. Allein der Begriff Hartz IV kommt heute einer Beleidigung gleich, weswegen ich ihn vermeide und das neutralere 'Arbeitslosengeld II' benutze. Auch wenn dieser Begriff eigentlich auch nicht stimmt, denn lange nicht alle ALG II – Empfänger sind tatsächlich ohne Arbeit.

Wenn man als Leistungsempfänger auf dem Amt sitzt und wartet, dann kann man direkt sehen: Niemand von den anderen Wartenden ist gerne da. Und kaum jemand entspricht dem Bild, was man von manchen Qualitätsmedien verkauft kriegt. Man trifft dort die allein erziehende Mutter, man trifft den Mann mittleren Alters, der seinen Job verloren hat und keinen neuen findet, man trifft die auf den ersten Blick elegant gekleidete ältere Dame.

Und es ist allen eines gemeinsam: Sie schämen sich. Sie gucken dir nicht in die Augen, wenn sie sich ebenfalls zum Warten hinsetzen. Sie schauen nicht auf, wenn du dazu kommst. Ihnen ist es peinlich, dass du sie dort siehst. Auch wenn du einer von ihnen bist. Politik und Medien, aber letztendlich auch die Gesellschaft haben es zu einer Schande und zu einem Stigma gemacht, auf die Hilfe des Staates angewiesen zu sein.

Wer keinen Arbeitsplatz hat, der bezahlt wird, arbeitet nicht. Der bringt der Gesellschaft keinen Nutzen und gilt als Drückeberger. Dabei ist es ja nicht so,

dass jeder Empfänger von Transferleistungen keiner Arbeit nachgeht. Viele Menschen pflegen Angehörige, erziehen Kinder oder engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen und Organisationen.

10 Jahre gibt es Hartz IV nun. 10 Jahre, in denen Menschen stigmatisiert werden, 10 Jahre, in denen Menschen ihre Privatsphäre aufgeben müssen, weil sie nicht die Erwartungen der Gesellschaft erfüllen, die voraussetzt, dass man eine bezahlte Arbeitsstelle hat.

10 JAHRE EINES KRANKEN SYSTEMS, DAS WIR ÄNDERN MÜSSEN!

Teil 5: Der ökonomische Irrsinn

Der Autor:

Boris Turovskiy aus München ist seit 2009 Mitglied der Piratenpartei. Er koordinierte die Arbeitsgruppe Urheberrecht, leitete die bayrische Landesgeschäftsstelle und ist seit Herbst 2014 Redakteur der Flaschenpost.



Die 2004 beschlossene Reform des Arbeitslosengeldes hat für Millionen von Menschen dramatische Auswirkungen gehabt. Von vielen Ökonomen wird sie aber weiterhin als Erfolgsmodell angesehen und sogar als Grund für die aktuelle Stärke der deutschen Wirtschaft herangezogen. Während die Faktenlage unterschiedliche Interpretationen zulässt, zeigt eine analytische Herangehensweise deutlich, dass das ALG-2-System ein ökonomischer Irrsinn ist.

Der strukturelle Fehler von Hartz IV, aus dem weitere Probleme zwangsweise folgen, besteht darin, durch extreme Anrechnungsquoten den ökonomischen Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu vernichten. Nur 20% des erzielten eigenen Einkommens bleiben dem ALG-2-Empfänger übrig, den Rest behält der Staat ein. Zum Vergleich: der Spitzensteuersatz beträgt 45%, der Eingangsteuersatz für Menschen mit geringem Einkommen, die kein ALG 2 beziehen, liegt bei gerade mal 15%. Dass hohe Steuersätze die Arbeitsmotivation verringern, ist gerade unter liberalen Politikern unumstritten, es ist der Grundgedanke hinter dem Slogan "Leistung muss sich wieder lohnen".

Umso unverständlicher ist es, dass dieselben Politiker die absurd hohe Anrechnung bei Arbeitslosengeldempfängern gutheißen. Deren Folge ist nämlich unweigerlich, dass die Bereitschaft, wieder ins Arbeitsleben einzusteigen, sinkt. Um dem entgegenzuwirken, wurden Sanktionen und Schikanen eingeführt, um das Leben der Betroffenen möglichst unangenehm zu machen und sie so auf den Arbeitsmarkt zu zwingen.

Die Fehlanreize, die durch die Ausgestaltung von Hartz IV entstehen, bringen den gesamten Arbeitsmarkt in Schiefelage. Arbeitgeber nutzen die Lage der ALG-2-Empfänger aus, um niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen anzubieten, als es auf einem freien Arbeitsmarkt möglich wäre. Das ist nicht nur eine verdeckte Quersubventionierung von Unternehmen durch das Sozialsystem, sondern führt auch unmittelbar zu einem Teufelskreis. Wenn der Niedriglohnsektor wächst, verringert sich die Einkommenslücke zwischen Geringverdienern und Leistungsempfängern. Das wiederum verringert sowohl den Abschreckungseffekt – wenn ich ohnehin kaum mehr verdiene, als ein Hartz-IV-Empfänger, ist die Perspektive des Jobverlustes nicht mehr so dramatisch – als auch die Anreize, aus Hartz IV rauskommen zu

wollen (nicht nur würde der Staat 80% des erzielten Einkommens einbehalten, sondern auch dieses Zusatzeinkommen selber würde immer weiter schrumpfen). Dass Aufstocker, die trotz Erwerbstätigkeit auf ALG-2-Leistungen angewiesen sind, fast ein Drittel der Leistungsempfänger ausmachen, ist eine Bankrotterklärung des Systems.

Der Versuch, das “Lohnabstandsgebot” zu erfüllen, indem die Höhe der Transferleistungen verringert und die Bedingungen für Hartz-IV-Empfänger immer weiter verschlimmert werden, ist zum Scheitern verurteilt. Zum einen ist der Spielraum nach unten mittlerweile ausgeschöpft, wie das Bundesverfassungsgericht wiederholt feststellte. Zum anderen wird dadurch das Problem nicht gelöst, denn je mehr Druck auf die Leistungsempfänger ausgeübt wird, desto weiter können Unternehmen die Löhne drücken – der Teufelskreis bleibt bestehen.

Der nun eingeführte Mindestlohn ist erfolgsversprechender, aber auch er ist nur eine Notlösung, solange 80% des Einkommens von Leistungsempfängern angerechnet werden. Ein Brutto-Mindeststundenlohn von 8,50 € entspricht dann einem Nettoverdienst von nur 1,70 € pro Stunde, was kaum als überzeugender Anreiz wirkt. Der Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, indem dessen Wurzel angegangen wird, der ökonomische Anreiz zur Arbeitsaufnahme also wieder eine entscheidende Rolle einnimmt. Es bedarf weder eines “Förderns”, noch eines “Forderns” von Leistungsempfängern, wenn sie ihren Wohlstand durch Aufnahme bezahlter Arbeit spürbar erhöhen können. Und durch den Wegfall von Zwängen wird auch sichergestellt, dass Unternehmen höhere Löhne zahlen müssen – was die finanzielle Lage Erwerbstätiger im Vergleich zu Arbeitslosen verbessert und so den Anreiz zur Arbeitsaufnahme weiter steigert.

KONSEQUENT ZU ENDE GEDACHT FÜHRT DAS ZU NICHTS ANDEREM ALS EINEM BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMEN, WELCHES DIE PIRATENPARTEI SEIT LANGEM FORDERT.

Teil 6: Die Tafeln, welche eine Erfolgsgeschichte, welche ein Segen ... oder?

Der Autor:

Holger Hennig, Theater Pädagoge und Autor, Blogger und Pirat seit 2011. Ehemaliger stellvertretender Pressesprecher NRW, Pressepirat für den oberbergischen Kreis und Dozent der PiKo NRW e.V.



Man kann das so sehen, ich sehe es anders. Über neunhundert Standpunkte hat die Tafel in Deutschland. Gut anderthalb Millionen Menschen in Deutschland sind darauf angewiesen, dass sie Lebensmittelpakete von den Tafeln bekommen, weil sie sich sonst das Essen nicht leisten könnten. Was für ein Armutszeugnis für die Politik, was für ein Skandal, was für eine Absage an den Sozialstaat.

Es gibt zwei Gründe, warum es Tafeln gibt. Weil sich in unserem degenerierten Kapitalismus eingebürgert hat, dass Supermärkte immer viel mehr Waren vorrätig haben, als gekauft werden. Diese Verschwendung wird von den Tafeln ein wenig eingefangen. Der andere Grund? Es gibt eine Menge Menschen, die nicht genug zu essen hätten, wenn sie nicht bei den Tafeln mitversorgt würden. Wie gesagt, das ist peinlich.

Aber das Problem ist ja noch viel tiefergehend. Dass unser Sozialstaat seit der Agenda 2010 völlig verraten und verkauft ist, wissen wir schließlich. Das Problem geht an die Fundamente unserer Demokratie. Die soziale Fürsorge gehört in öffentliche Hand, sie muss kontrolliert werden, denn sie bedeutet auch politische Macht. Natürlich sind die Tafeln für den Staat und die Politik eine praktische Sache. Sie nehmen Verantwortung ab, sie kaschieren die härtesten Hartz-Auswüchse und letztlich halten sie die Armen in diesem Land klein. Die Tafeln sind politisch gewollt. Das sieht man letztlich auch daran, dass die geldwerten Vorteile, die man sich bei der Tafel holt, nicht auf ALG II angerechnet werden – Geburtstagsgeldgeschenke zum Beispiel schon.

Aber um es mal ganz platt zu sagen, die Tafeln machen aus dem Bürger, der Bürgerin, die ein Anrecht auf Sozialleistung haben, Almosenempfänger, die froh und dankbar sein müssen. Leistungen der Tafel sind nicht einklagbar, man hat kein Anrecht, man muss sich so verhalten, wie das gewünscht wird, die Tafel kann Menschen ja auch einfach mal nichts geben. Die Tafeln nehmen damit den Menschen die letzte Würde, nachdem ihnen meistens vorher schon alles genommen wurde – wer mal bei der ARGE vorsprechen durfte, weiß, wovon ich spreche.

Die Tafeln können auch eine Gefahr für die Demokratie werden. Man muss sich ja nur mal umschauen. Klar, es gibt Tafeln in sehr unterschiedlicher Trägerschaft, da ist viel Kirchliches bei, da sind Rotarier und andere wohlhabende und wohltätige Menschen unterwegs. Viele sind daran interessiert, dass die politische Situation so bleibt, wie sie jetzt ist. Da sind auch fundamentalchristliche Gruppen bei – zufällig gehört das Haus, in der die Tafel hier vor Ort untergebracht ist, freichristlichen Geschäftsleuten – was passiert denn, wenn die ihre Gehirnwäsche den Armen aufzwingen, die in der Not an ihre Tür klopfen? Was, wenn vor Erhalt der Lebensmitteltüte gebetet werden muss? Was, wenn man den „Kunden“ ans Herz legt, doch bei der nächsten Wahl für Parteien wie die AfD zu stimmen, die ja die Interessen der aufrechten Christen so gut vertreten? Niemand kontrolliert das, was wissen wir, was bei den Tafeln passiert, oder vor allem, was passieren wird?

Ich bin übrigens überzeugt davon, dass die allermeisten, die sich für die Tafeln engagieren, damit keine politischen Agenden verfolgen, sondern einfach nur helfen wollen. Wie könnte man auch etwas dagegen haben?

Aber unser politisches Ziel muss es sein, die Tafeln überflüssig zu machen, in dem wir den Sozialstaat überhaupt wieder ermöglichen. Mit einem menschenwürdigen BGE werden Tafeln ein ganzes Stück ihrer Wichtigkeit verlieren, und sollten es die Supermarktketten mal schaffen, ihre Warenströme besser zu beherrschen, dann verlören die Tafeln auch ihre zweite Begründung.

DER TAG, AN DEM DIE TAFELN SCHLIEßEN, WEIL SIE NICHT MEHR GEBRAUCHT WERDEN, WIRD EIN GUTER TAG SEIN.

Teil 7: Es betrifft uns alle!

Autorin: Christina Worm:

- *Rechtsanwältin für Sozialrecht seit 2011*
- *Mitglied der Piratenpartei seit 2012*
- *Listen- und Direktkandidatin für die Piraten bei der Bundestagswahl 2013*
- *Seit 2014 Mitglied in der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL)*
- *Mitglied im Sozialausschuss des LWL*
- *Ehemals Mitarbeiterin des Jobcenters Soest 2010-2011*



„Hartz-4ler“ bekommen alles in den Hintern geschoben“

„Ich wäre auch gerne Hartz-4ler, die bekommen doch eh` alles in den Hintern geschoben“. Nach den Weihnachts- und Silvesterfeiern haben viele diesen Satz gehört. Es gibt immer einen in der Familie oder einen Bekannten der diesen Satz loslässt.

ICH KANN NUR SAGEN: NEIN! DAS IST NICHT DER FALL.

Wenn ich mich im letzten Jahr umschaue und mir die „Erfolgsbilanz von zehn Jahren Hartz-IV“ anschaue, kann ich die Hochjubelei der Politik nicht nachvollziehen. Ich möchte gerne veranschaulichen, wie super das System funktioniert:

Eine Frau hat jahrelang Immobilien vermietet. Das Geschäft lief gut. Dann kam der Euro, die Geschäfte wurden langsam schlechter. Der Ehemann trennte sich und gab ihr keinen Cent. Im Gegenteil, er nahm den Mietzins ein, sie sollte die Abgaben und Gebühren leisten. Sie ist krank, sowohl psychisch als auch physisch. Es reicht aber nicht für eine Erwerbsminderung. Die Frau war froh, dass es Arbeitslosengeld II gab. Sie sah nur leider nichts davon, denn sie hatte Immobilien. Zuletzt sammelte sie essbaren Müll aus den Mülltonnen der Nachbarn. Erst dann wehrte sie sich. In einem Eilverfahren vor Gericht wurde dann auch dem Jobcenter klar, dass man Immobilien nicht essen kann.

Fehlende Stromzahlungen, offene Miete, auch wenn dies unverschuldet geschieht, übernimmt das Jobcenter die Kosten häufig nicht. Selbst vor Gericht erreicht man erstmal wenig, denn für die Gerichte wird das Verfahren erst dringend, wenn die Räumungsklage zugestellt, oder der Strom abgedreht wurde. Auf dem Ärger und den Kosten bleiben die Hilfebedürftigen sitzen.

ARBEITSLOSENGELD IST EBEN KEIN SPAZIERGANG, ES IST EHER EIN SPIEßRUTENLAUF.

Anträge verschwinden, die Hotline erreicht man so gut wie nie und Mitarbeiter sind unfreundlich. Das passiert nicht immer und nicht in jedem Fall. Aber mit wenigstens einem davon wird jeder konfrontiert.

Dies liegt aber auch daran, dass die Mitarbeiter überlastet sind. Man darf nicht vergessen, wer aus der Arbeitslosenstatistik herausfällt: Menschen in Maßnahmen, Menschen mit Krankheiten, Aufstocker. Die Beschäftigtenzahl der Jobcenter orientiert sich aber nicht an der Menge der Bedarfsgemeinschaften oder Leistungsempfänger, sondern an der Menge der Arbeitslosen. Das ist meines Erachtens nach höchst intransparent und fatal – für Hilfebedürftige, wie auch für die Mitarbeiter.

Und was soll nächstes Jahr kommen? Widersprüche sollen 5 Euro kosten, Gerichtsverfahren 20 Euro. Die Menschen wollen ihre Rechte wahrnehmen und werden hierdurch daran gehindert. Anstatt das System zu überdenken, wird dem Spießrutenlauf eine weitere Hürde hinzugefügt und es den Menschen möglichst schwierig gemacht, ihre Rechte durchzusetzen.

Beim Zusammenziehen zweier oder mehrerer Menschen, soll dies ab der ersten Minute eine Bedarfsgemeinschaft begründen. Wegfallen soll die sechs-monatige Probephase, wo jeder noch sein eigenes Geld behält. Man kann also als Erwerbstätiger finanziell nicht mit Alleinerziehenden zusammenziehen, und sei es nur um zu prüfen, ob eine Beziehung für die Zukunft funktioniert, da man sofort für alle verantwortlich ist.

Und man sollte immer bedenken: Arbeitslosengeld kann jeden betreffen. Ich habe in meiner Arbeitspraxis unter anderem arbeitlose Doktoren, ehemalige Geschäftsführer und Selbstständige vor mir sitzen, die in die quälende Hartz IV – Falle gefallen sind.

ES IST KEIN PROBLEM DER „ARMEN“. ES BETRIFFT UNS ALLE.

Der lange Weg nach oben wird im Fall nach unten bitter kurz. Auch darüber sollte man nachdenken.

Teil 8: BGE als Alternative zum Hartz-IV-System

Autor: Johannes Ponader

Schauspieler und Regisseur Johannes Ponader lebt und arbeitet in Berlin. Von April 2012 bis Mai 2013 war er politischer Geschäftsführer der Piratenpartei. Seit Sommer 2014 realisiert Johannes Ponader zusammen mit weiteren Aktivistinnen und Aktivisten über die Plattform <http://mein-grundeinkommen.de> regelmäßig Grundeinkommensexperimente mit zufällig ausgewählten Menschen



Mitte Dezember bezog Heinrich Alt, SPD-Mitglied, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit und dort zuständig für Hartz IV, in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung zu der Idee Stellung, Hartz IV durch ein bedingungsloses Grundeinkommen zu ersetzen. Zuerst beklagt er den ausufernden Verwaltungsapparat im Hartz-IV-System und sagt, er fände ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle „eine faszinierende Idee“. Dann führt er jedoch aus: „Aber wir würden den Menschen damit eine falsche Botschaft vermitteln. Im Kern heißt das doch: Wir brauchen euch nicht, aber wir lassen euch auch nicht verhungern. Das halte ich für einen zutiefst inhumanen Gedanken.“ Weiter: „Ich bin dafür, den Menschen das Gefühl zu geben, gebraucht zu werden. Es gibt kein anstrengungsloses Glück. Bundespräsident Gauck hat zu Recht gesagt: Es schwächt die Schwachen, wenn wir nichts mehr von ihnen erwarten.“

In diesen wenigen Worten kommt der Kern der grotesken und menschenverachtenden Logik des Hartz-IV-Systems zum Vorschein, mit der sich dieses System seit seiner Einführung vor zehn Jahren rechtfertigt. Nicht nur, dass Menschen, die ALG-II beziehen, pauschal als „die Schwachen“ beschimpft werden. Das allein wäre schon menschenverachtend genug. Aber noch mehr: es ist auch Aufgabe der Gesellschaft, diesen sogenannten Schwachen „das Gefühl zu geben, gebraucht zu werden.“

Anstatt zu erkennen, dass strukturelle Faktoren dazu führen, dass immer mehr Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, so wie es Torsten Sommer in seinem Beitrag bereits dargelegt hat wird die Schuld damit denen zugeschrieben, die auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt keinen Platz (mehr) finden. Wenn sie sich nur gut genug anstrengen, wenn sie sich fördern und fordern lassen, dann werden sie auch wieder unterkommen im kapitalistischen System, so die Logik.

Dahinter steckt die uralte Lüge des Kapitalismus: Jede und jeder kann es schaffen, wenn sie oder er sich nur genug anstrengt, sich also fördern und fordern lässt.

Doch selbst wenn das stimmen würde, wenn jede und jeder es schaffen kann, „nach oben“ zu kommen, dann stimmt auch: Wenn eine Person einen Schritt vorankommt, sich „hocharbeitet“, dann setzt sofort ein Wettbewerb gegenseitiger Verdrängung ein und es wird für alle anderen um so schwerer. In einem Arbeitsmarkt mit einer begrenzten Anzahl an freien Arbeitsplätzen bedeutet der Erfolg der einen, die Einstellung eines Menschen eben im gleichen Moment den Misserfolg, die Entlassung oder Ablehnung einer anderen Person. Jede und jeder kann es vielleicht schaffen, aber niemals alle, und schon gar nicht alle gleichzeitig.

Diese strukturelle Ebene missachtet Alt völlig. Wer mehr Erwerbsarbeitsplätze haben will, muss mehr Erwerbsarbeitsplätze schaffen, und nicht die Arbeitssuchenden schneller zu den vorhandenen Jobs peitschen. Das Rennen auf die vorhandenen Arbeitsplätze lediglich zu verstärken und zu intensivieren ist menschenverachtender Zynismus.

Auch eine freiwillige Weiterqualifizierung von Menschen, die auf Arbeitssuche sind, ist aus volkswirtschaftlicher Sicht nur dann sinnvoll, wenn ein Fachkräftemangel herrscht, also ein Mangel an speziell qualifizierten Arbeitskräften in einem bestimmten Bereich. Dies ist aber nach übereinstimmender Meinung der Bundesagentur für Arbeit, von Branchenverbänden und Wirtschaftsforschungsinstituten bei uns nicht der Fall.

In allen anderen Fällen kann nur eine Vergrößerung des Angebots an Arbeitsplätzen insgesamt dazu führen, dass mehr Leute einen Erwerbsarbeitsplatz finden. Hilfreich sind also beispielsweise die Förderung von Unternehmensgründungen und Selbständigkeit oder Maßnahmen, die Unternehmen zu Expansion und neuen Investitionen anregen. Hilfreich sind alle Maßnahmen, die das Angebot an Arbeitsplätzen vergrößern, nicht solche, die das Angebot an Arbeitskräften künstlich vergrößern.

Solange das nicht passiert, gleicht der Arbeitsmarkt einer Stuhlpolka: Es sind immer weniger Stühle vorhanden als Mitspielende, und ein Konkurrenzkampf entsteht, über den sich vor allem die Arbeitgebenden freuen. Ergattere ich einen Stuhl, muss jemand anders stehen bleiben und ausscheiden. Langfristig erfolgsversprechend ist daher nur, die Zahl der Stühle zu erhöhen und damit den Stress aus dem Spiel zu nehmen.

Es geht also darum, Investitionen zu fördern, Ideenreichtum und Kreativität. Gelingt das aber, in dem ich wie Heinrich Alt „von den Schwachen etwas erwarte“? Nein, es gelingt, in dem ich allen Menschen etwas zutraue. Es gelingt, in dem ich Eigeninitiative fördere, in dem ich Kreativität fördere und den Mut, Neues zu probieren.

Im Hartz-IV-System berichten Selbständige immer wieder von besonderen Schikanen, denen sie ausgesetzt sind. Die eindrückliche Schilderung von A-tari-Frosch zeigt es in aller Deutlichkeit auf. Als „normale“ Arbeitslose, die eine Angestellten-Tätigkeit anstreben, wurden sie in Ruhe gelassen, so lange sie ihre 10 Bewerbungen im Monat und ab und an eine sinnlose Maßnahme über sich ergehen ließen. Wehe aber, sie hatten vorgeschlagen, sich selbständig zu machen und darüber einerseits zu eigenem Einkommen zu kommen und andererseits zur arbeitsteiligen Gesellschaft etwas beizutragen. Plötzlich werden monatliche Einnahmen und Ausgaben genau kontrolliert und überwacht. Jede Betriebsausgabe muss gerechtfertigt werden. Und wenn das monatliche Betriebsergebnis einmal schlechter ausfällt, als prognostiziert, dann muss man schon mal längere Zeit auf das existenzsichernde Geld vom Jobcenter warten. Da ist es doch einfach und bequemer, die Kreativität beiseite zu legen und sich ganz konventionell fördern und fordern zu lassen. Das Gefühl, gebraucht zu werden, gibt es beim Jobcenter noch kostenlos dazu.

Das Gefühl, gebraucht zu werden, wohlgemerkt, Alt spricht hier nicht davon, dass die Betroffenen Menschen wirklich gebraucht werden. Nein, es geht ihm darum, ihnen ein „Gefühl zu geben“. Und genau das tun Eingliederungsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs. Sie geben ein Gefühl, nichts mehr. Allerdings wird – sobald man das System durchschaut hat – aus dem Gefühl, gebraucht zu werden, recht schnell die Gewissheit darüber, wie sinnlos das ganze Spiel ist.

Ein Umbau des Hartz-IV-Systems muss daher dort ansetzen, wo Eigenmotivation und Kreativität gefördert werden, wie es bereits Boris Turovski in seinem Beitrag dargelegt hat. Das heißt unter anderem, dass eigenes Einkommen bei Menschen, die ALG II beziehen, stärker bei den Bezugsberechtigten verbleibt, um nicht nur einen moralischen, sondern auch einen materiellen Anreiz für ein eigenes Erwerbseinkommen zu bieten, wie es auch bei jedem sinnvollen Grundeinkommenskonzept der Fall ist.

Heute ist es ja so: Wer zum ALG-II-Bezug dazuverdient, der behält von einem Bruttolohn von 8,50 € gerade mal rund 1,35 € in der eigenen Tasche. So ein Sozialsystem, das bei Bezugsberechtigten 85% des Zuverdienstes wieder abzieht, muss natürlich untrennbar mit Sanktionsdruck und Angst vor sozialer Stigmatisierung bei den Betroffenen verschweißt werden. Ein funktionierendes System jedoch, ganz gleich ob bedarfsgeprüft und arbeitszwangbewehrt wie das Hartz-IV-System oder bedingungslos wie beispielsweise ein garantiertes Grundeinkommen, muss neben Sinn und Wertschätzung auch einen materiellen Anreiz dafür bieten, um im Bereich der Erwerbsarbeit tätig zu sein. Freibeträge von mindestens 25-30% des Erwerbseinkommens wären daher das Minimum.

Das aber ist natürlich politisch nicht gewollt. Schon ein Freibetrag von 25% des Erwerbseinkommens würde den Kreis der Bezugsberechtigten enorm

erhöhen. Alle Menschen, die heute für 8,50 Euro die Stunde in Vollzeit beschäftigt sind, dürften dann beispielsweise wieder aufstocken, und das, ohne dass man sie in irgendeiner Weise sinnvoll sanktionieren oder „fördern und fordern“ könnte – da sie ja bereits Vollzeit arbeiten. Da wäre der Glanz des gerade neu eingeführten Mindestlohns schnell dahin.

Und: Wenn der Kreis der Bezugsberechtigten rapide ansteigt, würde das zu einem weiteren enormen Anstieg des Verwaltungsaufwands führen, den Heinrich Alt in seinem Statement zu Recht beklagt. Man könnte nicht anders, als konsequenterweise die komplizierte Bedarfsberechnung aus dem Sozialsystem ausgliedern und an das Finanzamt zu übertragen, das sowieso spätestens am Jahresende wissen will, wie viel man verdient hat, das aber sehr viel unbürokratischer und mit weniger Verwaltungsaufwand leistet. Plötzlich wird es wieder einfach: Wer mehr als das Existenzminimum verdient hat, bezahlt Steuern, wer weniger als das Existenzminimum verdient hat, bekommt oben drauf.

Dann aber ist man bei einem Bedingungslosen Grundeinkommen in Form einer sogenannten negativen Einkommenssteuer angekommen. Seine Einführung würde die Sorgen von Heinrich Alt ein für alle Mal beenden. Er selbst hat das jedoch leider noch nicht verstanden. Hoffen wir, dass sich das ändert.

Teil 9: Der gesellschaftliche Kahlschlag

Der Autor: Sascha Köhle (AKA @sakoelabo)

Sascha Köhle ist seit Anfang 2011 Mitglied der Piratenpartei. Er schreibt u.a. für die AG Außen- und Sicherheitspolitik, ist kommunalpolitisch bei den Hertener Piraten aktiv und sitzt seit Mai 2014 als sachkundiger Bürger für die Gruppe Piraten in mehreren Ausschüssen des Kreistags Recklinghausen.



„Nur wer arbeitet, soll auch essen“ – dieses Zitat aus dem Mund des damaligen Arbeitsministers Franz Müntefering (SPD) aus dem Jahr 2006 klingt mir noch heute in den Ohren. Ebenso die Worte des Ex-Bundeskanzlers Schröder: „Es gibt kein Recht auf Faulheit“ aus dem Jahr 2001. Es waren die Worte, die mich letztlich mit der Sozialdemokratie in unserem Land haben brechen lassen, später auch mit den anderen Altparteien, welche diese Art von Politik fortsetzten.

Alleine den Satz, sozial sei, was Arbeit(splätze) schafft, haben neben Angela Merkel (CDU), Guido Westerwelle (FDP) oder Jürgen Rüttgers (CDU) noch viele andere Altparteien-Politiker von sich gegeben. Es ist ein Satz, der sich im Ursprung auf Alfred Hugenberg zurückführen lässt, Politiker der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Wegbereiter des Aufstiegs der Nationalsozialisten.

Als das Hartz4-System vorbereitet und installiert wurde, fand auch im Duktus der beteiligten Politiker ein Wechsel statt, der sich auf die Medien übertrug und sich tief in den Köpfen vieler Deutscher einnistete. Vorher gab es in den Köpfen eine gewisse Unterscheidung zwischen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern – diese fiel nun, da es eine Vereinheitlichung gab, nun, da von Seite der Politiker häufig Begrifflichkeiten und Formulierungen fielen, die Empfänger von Hilfszahlungen verbal in die Nähe von Parasiten und Taugenichtsen rückten, fort.

Mit einem mal war da pauschal nur noch der „Hartzer“. Ein faules Etwas, welches seinen dicken Hintern den ganzen Tag zwischen Couch und Kühl-schrank hin und her schiebt, die Kinder und die eigene Körperpflege vernachlässigt und die „Stütze“ eh nur in Bier und Zigaretten investiert.

In genau diese Kerbe schlug 2008 der Ex-Finanzminister und spätere SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Auch das habe ich nicht vergessen.

Es sind diese Arten von verbalen Attacken gegen Menschen, die bei so vielen Mitmenschen Vorurteile in die Köpfe hämmern. Die es überhaupt erst

möglich machen, dass sich für schlechte Fernsehunterhaltung der Begriff „Hartz4-TV“ etabliert hat. Die ermöglichen, dass man Menschen, die dank der von neoliberalen Politikern aller Regierungen seit Schröder in den Keller geschickten Lohnniveaus in Deutschland Vollzeit für Hungerlöhne arbeiten, obendrein noch sozial ausgrenzen und sie einem diskriminierenden Menschenbild unterwerfen.

Viele derer, die im Betrieb, in der Kneipe, bei Feiern oder daheim über „die faulen Harzer“ lästern, können sich nicht einmal im Ansatz vorstellen, wie nahe sie selbst diesem Status sind, oder dass ihr Gegenüber vielleicht gar einer dieser „Harzer“ ist. Wenn sich derjenige bekennt, schaltet man dann peinlich berührt in den „naja – du bist ja nicht so“-Modus um, geradezu so als gäbe es „gute Harzer“ und „böse Harzer“.

Zum Beispiel den Arbeitskollegen, der die „Asi-Harzer“-Witze überhaupt nicht lustig findet, weil er im Gegensatz zu den Kollegen, die mit ihren 1800 € brutto einigermaßen über den Monat kommen, damit nicht auskommt – er hat nämlich zwei kleine Kinder und eine Frau, die nicht Vollzeit arbeiten gehen kann. Also muss er aufstocken, obwohl er genauso wie seine lästernden Kollegen jede Woche 40 Stunden plus Überstunden arbeitet.

In der Callcenter-Branche, in der ich persönlich lange Jahre gearbeitet habe, sehe ich heute Teamleiter-Gehälter, die z.T. erheblich unter dem liegen, was ich vor knapp zehn Jahren noch verdient habe. Ich bekomme auch häufig von Seiten der betroffenen Arbeitnehmer mit, dass Unternehmen (IT, Dienstleister, Krankenhäuser, Bauunternehmen, etc.) ganze Abteilungen in neue Gesellschaften auslagern, um von diesen die benötigten Leistungen zu geringeren Kosten wieder einzukaufen. Wer nicht bereit ist, seinen Altvertrag aufzulösen und künftig für weitaus schlechtere Konditionen denselben Job zu machen, der fliegt halt raus. Wenn seine Arbeit nicht ohnehin komplett nach Indien, Südafrika oder sonst wohin ausgelagert wird.

Ursprünglich stand hinter der Idee des Hartz4-Regelsatzes die Idee, dass jemand, der einen Vollzeitjob hat, finanziell nicht schlechter dastehen soll, als ein Hartz4-Empfänger. Doch die verheerenden Folgen, die die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Unternehmen seither bezüglich der Reallohne und der Arbeitsbedingungen mit sich gebracht haben, führen diese Vorstellung ad absurdum. Mehr als ein Viertel der Arbeitnehmer in Deutschland arbeitet mittlerweile im Niedriglohnsektor, der kommende Mindestlohn mit seinen mageren 8,50 € pro Stunde ist zementierte Armut, gerade dann, wenn davon mehrere Menschen ernährt werden müssen.

Als ich ein Kind war, gab es bei der Kirche einmal am Tag warme Suppe für die Obdachlosen der Stadt. Dreißig Jahre später finde ich mich an einem Ort wieder, an dem zehn Prozent der Geschäfte leer stehen, Ein-Euro-Läden,



Second-Hand-Boutiquen, Caritas-Läden, Tafeln und Havarie-Märkte dafür aber wie Pilze aus dem Boden schießen.

Als ich ein Kind war, mied die Mittelschicht Aldi & Konsorten wie der Teufel das Weihwasser, um ja nicht in den Ruch der Unterschicht zu geraten. Heute kaufen sie bei eben diesen Discountern ein – weil sie es müssen. Und die Zahl derer, die aus finanzieller Not heraus zu den Tafeln und anderen Orten der Wohltätigkeitsindustrie ziehen müssen, wird immer größer. Vielerorts können Sozialstationen mit dem Andrang der Bedürftigen nicht mehr mithalten. Was also, frage ich mich, ist im Rahmen der Hartz-Reformen, die von Politikern der großen Koalition als „Rettung Deutschlands aus finsterster wirtschaftlicher Not“ gefeiert wird, aus unserem Land geworden? Was ist besser geworden, außer der Konkurrenzfähigkeit einer Wirtschaft, die auf Billiglöhnen, Exportüberschüssen und den Schulden ihrer Abnehmerländer aufbaut? Meine Generation, die heute 35-40jährigen, werden diesen wirtschaftlichen Radikalschnitt mit einem hohen Maß an Altersarmut bezahlen, das ist schon heute sicher.

Wenn ich mir die Lage im Kreis Recklinghausen, in welchem ich politisch aktiv bin, ansehe, so stelle ich (anhand des Jobcenter-Reports 2014) fest:

- 10 von 12 Gemeinden im Kreis haben eine Arbeitslosenquote zwischen 11,1 bis 12,8 Prozent
- über 70.000 Menschen im Kreis sind Leistungsbezieher gem. SGB II (das sind 11,5% der Einwohner des Kreises!), 71,4% davon wären erwerbsfähig
- 18.500 Kinder unter 14 Jahren leben in Haushalten im Leistungsbezug – das ist jedes vierte Kind im Kreisgebiet
- fast jede vierte Bedarfsgemeinschaft ist eine alleinerziehender Familie
- der Haushalt der Jobcenter im Kreis Recklinghausen für Eingliederungsleistungen lag 2014 bei 34,9 Millionen Euro

Was das für die Kreisstädte bedeutet, ist relativ schnell zusammengefasst. Der Kaufkraftmangel belastet die lokale Wirtschaft, die Kosten des Sozialsektors, der sich mit den Empfängern von Hartz4-Leistungen beschäftigt, belastet die Haushalte des Kreises und seiner Kommunen schwer. Zusätzliche Negativfaktoren wie z.B. der kommunale Stärkungspakt, welcher die Städte unter noch stärkeren Finanzdruck setzt, machen es den Kommunen fast unmöglich, in irgendeiner Weise sinnvoll gegenzusteuern. Währenddessen doktern die Jobcenter an den Symptomen eines kranken Systems herum, ohne sichtbare Verbesserungen herbeiführen zu können – die benötigten Jobs sind schlicht und einfach nicht da!

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land ist in den vergangenen zehn Jahren unter Hartz4 sicherlich nicht besser geworden. Eine tiefe Verunsicherung ist vielerorts eingezogen. Eine profunde Angst vor dem Herausfallen aus dem „Mittelstand“ von denen, die „noch dazu gehören“. Resignation und Gesellschaftsmüdigkeit von jenen, die bereits herausgefallen sind und den Weg zurück nicht schaffen. Wirkliche Gegenwehr ist nur von wenigen zu erkennen. In diesem Klima gedeihen populistische Umtriebe und der Zuspriech der vielen verunsicherten Menschen zu eher rechtsgerichteten Gruppierungen.

Hartz 4 war eben nicht richtig. Es war gesellschaftspolitisch eine absolute Katastrophe, die den sozialen Frieden beschädigt, eine überbordende Bürokratie erschaffen und hunderttausende Menschen ins Abseits manövriert hat. Darüber hinaus hat diese Reform reale Menschenleben gekostet. Das, was Hartz4 angerichtet hat, ist eines so reichen Landes wie Deutschland unwürdig – Hartz4 gehört auf den Gerümpelhaufen der gescheiterten wirtschaftlich-sozialen Experimente.

Teil 10: Auswüchse: Diskriminierung, Sklavenhandel, soziale Kälte und Überwachung

Der Autor: Dr. Joachim Paul

Fraktionsvorsitzender der NRW-Landtagsfraktion, Hochschulpolitischer Sprecher der Piratenfraktion im Landtag NRW.



Wenn das Wort “Hartz IV” in den Mund genommen wird, dann sollte jeder-
fraumann klar sein, dass allein schon der Begriff eine Diskriminierung erster
Ordnung ist. Hier werden Menschen, die auf diese staatliche Unterstützung
angewiesen sind, zusätzlich mit dem Namen eines rechtsstaatlich verurteilten
Straftäters belegt. Das heißt, man tritt auf die, die nicht nur wirtschaftlich,
sondern oft auch psychisch schon am Boden liegen, noch mal extra drauf,
der Gipfel der sozialen Kälte.

Im November letzten Jahres äußerte der Vorsitzende der Bundesagentur für
Arbeit, dass sich Deutschland „langfristig der Vollbeschäftigung“ nähere. Und
in den Jubelreden zum 10. Jahrestag der Hartz IV-Gesetze wurden lediglich
kleine Korrekturen angemahnt. So war es etwa der Äußerung von Sigmar
Gabriel zu entnehmen, dass man „nur vergessen“ habe, dabei den Mindest-
lohn einzuführen.

Ansonsten wird seitens der etablierten Politik den HARTZ-Gesetzen eine po-
sitive Wirkung zugeschrieben und der deutsche Weg als Modell für andere
Länder empfohlen. Lediglich der DGB mahnt einen weitergehenden Reform-
bedarf an, nachdem seinerzeit seine Funktionäre die Arbeitsmarktpolitik von
Rot-Grün weitgehend mitgetragen und sogar gelobt haben.

Der damalige DGB-Landesvorsitzende in NRW sprach von „den richtig und
zukunftsweisend ausgelegten Gleisen“. Massive Kritik kommt von den ein-
schlägig bekannten Kritikern: Christoph Butterwegge, Autor des Buches
„HARTZ IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?“, urteilte
im Focus: „HARTZ IV braucht den Vergleich mit beiden Weltkriegen nicht zu
scheuen“. Die „Reformen“ hätten zur Spaltung der Gesellschaft geführt und
tiefe seelische Wunden hinterlassen.

Heribert Prantl resümiert in der SZ, seit der Verabschiedung der HARTZ-
Gesetze habe „... die Armut zugenommen. Es überwacht und betrachtet Mil-
lionen Menschen als potenzielle Faulpelze – und passt nicht zu einem Staat,
der sich Sozialstaat nennt.“

7,9 Millionen von 42,7 Millionen Erwerbspersonen arbeiten heute im Niedrig-
lohnsektor, mehr als 1,3 Millionen dieses Prekariats füllt weiterhin Antrags-

formulare des Jobcenters aus, um mit ergänzendem Arbeitslosengeld aufstocken zu können, sogenannte Aufstocker, die in der offiziellen Arbeitslosenstatistik – ganz offensichtlich aus kosmetischen Gründen – nicht auftauchen. Tendenz steigend.

Auch diejenigen, die in verordneten Weiterbildungsmaßnahmen und Umschulungen sind, tauchen in der Statistik nicht als arbeitslos auf, ein weiteres Mittel, um die offizielle Darstellung zu schönen und das Scheinbild einer guten Beschäftigungslage zu wahren. Und die wenig faktenreichen Meldungen über den boomenden Arbeitsmarkt übersehen neben den demografischen Veränderungen, dass heute ein geringeres Arbeitsvolumen auf mehr Köpfe verteilt wird. Die Zeitschrift Capital titelte am 18.12.2014 hämisch: „Bofinger wundert sich über »irren« Jobmarkt – kaum Wachstum – trotzdem brummt der Arbeitsmarkt. Das ist selbst für einen Ökonomen wie Peter Bofinger nur schwer erklärbar.“ Die schlichte Kenntnis und Anwendung der Grundrechenarten erklärt oft mehr als die in Modellrechnungen verfangenen Wirtschaftswissenschaftler – auch wenn sie manchmal als „fortschrittlich“ eingestuft werden. Mannfrau braucht hier nur auf die Langzeitstatistik des Arbeitsvolumens des Statistischen Bundesamtes zu verweisen, dann klärt sich „das Wunder“ wie von selbst auf.

Das Arbeitsvolumen der beschäftigten Arbeitnehmer – also der nicht selbstständigen Erwerbstätigen – hat sich nämlich seit 1991 von 51.768 Millionen Stunden auf 48.779 Millionen Stunden im Jahre 2012 verringert. Und dieses Volumen dürfte auch 2014 nicht wesentlich höher liegen. Das Arbeitsvolumen der Vollzeitbeschäftigten hat sich im gleichen Zeitraum von 47.635 Millionen Stunden auf 39.974 Millionen Stunden verringert, während sich das Arbeitsvolumen der Beschäftigten in Teilzeit von 3.818 auf 8.093 Millionen Stunden erhöht hat. Das heißt, in der Tendenz, dass sich das Arbeitsvolumen auf mehr Köpfe verteilt hat und vor allem die Teilzeitarbeit erheblich angestiegen ist. Das steckt schlicht hinter dem Wunder der positiven Beschäftigungslage.

Und nicht nur das, rund ein Drittel der zur Zeit offenen Stellen werden als Leiharbeit angeboten. Im Zuge der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes unter der Agenda 2010 entwickelte sich ein Markt für „Zuhälter“, sogenannte Leiharbeitsfirmen, die Arbeitskraft gewissermaßen „vermieten“ – eine moderne Form des Sklavenhandels. Wer es nicht so hart haben möchte, darf auch Prostitution sagen. In ernüchternder Offenheit beschrieb da die WELT den eigentlichen „Erfolg“ der HARTZ-Gesetze: „Vor zehn Jahren verabschiedete sich Deutschland von der paternalistischen Logik des Sozialstaats alter Prägung. Die falschen Freunde der Bedürftigen und Schwachen sind seither marginalisiert. Jubiläen sind Termine zur Neuverhandlung von Deutungshoheit. In wenigen Tagen feiert Hartz IV seinen zehnten Geburtstag. Da überrascht es nicht, dass dieser europaweit bestaunte Kraftakt einer rot-grünen Bundesregierung insbesondere von Linken als Sündenfall gebrandmarkt

wird...” Und Ulf Poschardt schreibt unter der Überschrift „HARTZ IV war das Ende der Gerechtigkeitsreligion“: „... Deutschland geht es heute ökonomisch auch deshalb vergleichsweise gut, weil der Sozialstaat symbolisch in seine Schranken gewiesen wurde. Real eigentlich nicht, weil durch Hartz IV kaum Sozialleistungen eingeschränkt wurden. Doch Steuerzahler wie Investoren hatten das Gefühl, dass die Herrschaft des Sentiments an ihr rhetorisches Ende gelangt war. Die falschen Freunde der Bedürftigen und Schwachen sind seither marginalisiert...” (Welt online vom 27.12.14).

Eine Beschreibung der einzelnen Phasen der Entstehung der HARTZ-Gesetzgebung erspare ich mir hier, das haben Andere bereits erschöpfend geleistet. Dennoch, Rot-Grün war angetreten, die als unsozial eingestufte Politik unter Kanzler Kohl zu beenden. Entgegen auch der Zusicherung der Regierung Schröder/Fischer gegenüber den Gewerkschaften, es werde keine Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe geben, wurden einschneidende Änderungen vorgenommen, die für einen Systemwechsel stehen. Die im Rahmen eines lange währenden demokratischen Klassenkampfes erkämpfte Lebensstandardsicherung einer lebensstandardbezogenen Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft, statt der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ging es nun vorrangig um die Disziplinierung und Drangsalierung von Arbeitslosen, die unter der Formel eines nicht eingehaltenen „Fördern und Fordern“ gezwungen wurden, unter ihrem bisherigen Beschäftigungsniveau tätig zu sein und in Niedriglohnbereiche abzustiegen.

Und nun sollen diese Leute auch noch überwacht werden. Wie Susan Bonath in der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 07.01.2015 berichtet, sucht „die Arbeitsvermittlungsbehörde auf der Onlinevergabepattform des Bundes ein Unternehmen, das ihr ein »Social Media Monitoring Tool« (Programm zum Beobachten sozialer Medien) für zunächst zwei Jahre zur Verfügung stellt. Die Firma, die den Zuschlag erhält, soll die Software warten und BA-Angestellte in der Nutzung schulen. Laut Auftrag geht es um »automatisierte Identifikation und Analyse von Diskussionen und Kommentaren im deutschsprachigen Social Web«. ... Die Bundesdatenschutzbeauftragte ist nicht informiert. Peter Schaar hatte bereits 2013 ein ähnliches Vorhaben der BA gerügt, was zum offiziellen Stopp führte. Laut Schaar hatten damals Jobcenter nachgefragt, ob sie Infos auf Facebook von Hartz-IV-Beziehern verwenden dürften. Seine Antwort war eindeutig: Keinesfalls habe die BA das Recht, sich in Foren einzuloggen oder Suchmaschinen zu nutzen, um Klienten zu beobachten.

Den wirtschaftlich Schwächsten der Gesellschaft soll auch noch auf die Finger geschaut werden, was sie so treiben. Ein Armutszeugnis – gerade für einen Staat, der sich Freiheit und Bürgerrechte ins Grundgesetz geschrieben hat.

Die Gleichbehandlung von Menschen, die über Jahre gearbeitet und Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten mit noch nie beschäftigt

gewesenen Arbeitslosen ist nur eine der Ungereimtheiten einer Arbeitsmarktpolitik, die sich Rot-Grün von einem korruptions- und prostitutionserfahrenen VW-Manager formulieren ließ – und das unter tatkräftiger Mitarbeit gewerbsmäßiger Gewerkschafter wie Harald Schartau und Isolde Kunkel-Weber.

Gerade diese Ungereimtheit ist im Grunde ein Betrug und eine Verhöhnung der Lebensarbeitsleistung abhängig Beschäftigter, die das Leistungsprinzip ad absurdum führt und die Werte- und Solidargemeinschaft „Sozialstaat“ entkernt – und zwar von innen.

Als Folge dieser turbo-neoliberalen Politik ist die Zahl der Menschen größer geworden, denen es nicht nur nicht gut geht, sondern die auch Angst um ihre Zukunft haben. Folge dieser Politik sind der Verlust an sozialer Sicherheit, Ängste vor sozialem Statusverlust, die zunehmende soziale Ungleichheit und zunehmende Konkurrenz zwischen den Menschen auf dem Arbeitsmarkt, die zu Hass und Abgrenzungen und „Treten nach Unten“ führt. Gerade der politische Tunnelblick hat seine Ursachen oft in psychischem Stress, der nicht selten aus existenzbedrohenden Umständen erwächst. Die ganze Umwelt und hier besonders Andere und Fremde werden zunehmend als Bedrohung empfunden und verkürzt für die eigene Lage verantwortlich gemacht. Geradezu ein gefundenes Fressen für Rattenfänger vom rechten Rand, von der AfD (Angst für Deutschland) bis zur extremen Rechten.

Wenn die Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verdeutlichen, wie wir mit immer weniger Menschen immer mehr produzieren und die Produktivität der Beschäftigten immer noch stärker steigt als der Zuwachs des Sozialproduktes, dann macht dies eine andere Arbeitsmarkt- und Verteilungspolitik möglich: In die Diskussion gehören hier Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich – und zwar dort, wo es geboten ist, Sabbatjahre, verkürzte Lebensarbeitszeit, etc, und natürlich das BGE.

Man muss dann nur den Mut haben, die Finanzierung des Sozialstaates z. B. durch eine Wertschöpfungsabgabe, z. B. eine Automatisierungs- oder Maschinensteuer, eine europaweite Finanztransaktionssteuer, eine Vermögenssteuer, auf breitere Füße zu stellen.

Aber zur Zeit geschieht die Entwicklung von der Industriegesellschaft hin zur Informations- und Wissensgesellschaft politisch planlos und birgt europaweit die Gefahr großen sozialen Unfriedens.

Allen Skeptikern sei gesagt, dass die ressourcenschonende und nachhaltige Informations- und Wissensgesellschaft weit davon entfernt sein wird, keine Industrie mehr zu haben. Zu behaupten, beispielsweise wir Piraten seien für eine De-Industrialisierung, gehört in den Bereich des politischen Bullshit-Bingo und offenbart nur die rückwärtsgewandte Wachstumspropaganda eines vorwiegend auf Turbo-Markt und Materialgüterwirtschaft setzenden Politikverständnisses.

Teil 11: Hartz4 – die andere Seite

Der Autor:

Frank Knott

1. Vorsitzender Mensch ist Mensch e.V.



Ich begleite nun wirklich viele Menschen zu den Ämtern, zu den verschiedenen Jobcentern in Duisburg. So nehme ich zwangsläufig immer die Perspektive der Betroffenen ein. Von ihnen aus ist Hartz4 ein Zwangssystem, gelebte Aussortierung von Menschen, Runterklassifizierung von Millionen Einzelschicksalen. Ich weiß nicht, was mich geritten hat, aber ich fand, dass zehn Jahre Hartz4 eine gute Gelegenheit wären, mal die andere Seite von Hartz4 anzusprechen. Vielleicht war es auch der Blick des Mitarbeiters. Jedenfalls war der Termin gut verlaufen, und wir – der Mitläufer und der Mitarbeiter – kamen ins Gespräch.

Eigentlich fing ich an zu reden, über Hartz4 – also zehn JAHRE Hartz4. Als er nur müde abwinkte, und weil ich alles schon hundertmal gesagt hatte, ließ ich ihn reden. Nachfolgend ein Protokoll. So ist das Gespräch gelaufen. Es wurde nicht viel später niedergeschrieben. Dem Sinn nach ist alles korrekt wiedergegeben.

„Ich hab in den ganzen Jahren nicht einen Kunden gehabt, der sich dafür interessiert hat, wie ich mich fühle. Ich, der auf der anderen Seite vom Schreibtisch sitzt. Nicht einen Kunden. Nun, ich kann verstehen, dass die Leute kein großes Mitgefühl mit uns entwickeln. Die Leute kommen mit echten Sorgen, sie haben Angst, dass ich ihnen etwas wegnehme. Für sie bin ich die Macht, die Instanz. Sicherlich etwas Böses. Mit Sicherheit etwas Bedrohliches. Was ist ihnen denn geblieben!? Sie sehen in mir nicht den Guten – das ist wohl so!“ Ich nicke. Nach meiner Erfahrung ist genau darum sinnvoll, in Begleitung zu kommen. Es kommt jemand, der zwischen den Polen Platz nimmt. Ohne viel zu sagen, ist die Stimmung eine andere. Und die Situation ist eigentlich sofort entspannt.

„Wer weiß denn, dass ich selbst arbeitslos war? Wissen sie es?“, fragt er. Ich verneine. In der Tat hielt ich ihn für einen städtischen Angestellten. Nicht gut gestellt, aber vom 16. bis zum 65. Lebensjahr unkündbar. Lebenslänglich freigestellt von der Leistungsgesellschaft. „Sehen sie!“, sagt er. „Bevor ich hierher kam, war ich in der Buchhaltung von XXX. Na, sie wissen vielleicht, dass wir vor ein paar Jahren fusioniert sind. Aber sie wissen vielleicht nicht, dass unsere gesamte Buchhaltung wegfusioniert wurde. Dort habe ich meine Lehre gemacht. Ich war ein halbes Jahr – ein bisschen drüber – in ALG I

und wäre unweigerlich in ALG II abgerutscht, wenn ich nicht diese Stelle bekommen hätte!” Ich war ehrlich verblüfft: ein Arbeitsloser als Arbeitsvermittler!? Ob er ein Einzelfall sei, fragte ich. “Natürlich nicht – zwei meiner ehemaligen Kollegen sehe ich hier jeden Tag. Arbeitslose mit Büroerfahrung werden regelmäßig umgeschult. Und wir werden uns Ende des Jahres auf der anderen Seite des Schreibtisches wiederfinden, wenn nicht ein Wunder geschieht. Die Kollegen und ich haben die vier Jahre nämlich rum – so sieht es aus!”

Von welchen vier Jahren er rede, frage ich. „Na, dann fang ich mal besser von vorne an: Nach der Arbeitslosigkeit haben wir erst einen Lehrgang gemacht – drei Monate. Zum Arbeitsvermittler. Reicht nicht entfernt, aber dem Amt hat es gereicht. Zwei Jahre den Job hier, dann zwei Jahre eine Verlängerung. Nach vier Jahren müssten sie uns übernehmen. Das tun sie natürlich nicht. Statt Unkündbarkeit kommt die Entlassung. Und wieder kommen Neue in den Lehrgang. Und fangen an, sich einzuarbeiten.”

Das sei doch völlig unökonomisch. Es brauche doch Zeit, bis jemand eingearbeitet sei. „Es braucht sicherlich ein Jahr. Mit einer gewissen Vorbildung kann sich der Mitarbeiter danach vernünftig um die Menschen kümmern.” Er lacht bitter. „Wenn es denn um Menschen ginge. Und nicht um Fallquoten, die zu erfüllen seien. Das weiß niemand, der das Amt nur von außen sieht. Es ist aber so: Offiziell hat jeder von uns 150 Fälle zu bearbeiten. Offiziell! Da aber 1/3 der Mitarbeiter krankgeschrieben ist, 1/3 in Fortbildung ist, kommt auf jeden Mitarbeiter das Dreifache an Fällen. Also 450 pro Schreibtisch.” Er zeigt mit der Hand einen unsichtbaren Stapel, der sich auf dem Schreibtisch vor ihm auftürmt.

Warum er das so mitmache, frage ich. Er schaut kurz zur Decke auf: „Wir kriegen Druck von beiden Seiten. Sie müssen sich vorstellen, dass es von oben nur darum geht, immer höhere Fallzahlen abzuwickeln. Und unten – von den Antragstellern her – geht es um die Betreuung. Und wir stecken dazwischen. Wir machen es den einen nicht gut, und den anderen auch nicht. Ich kann nur sagen: Die Stimmung ist richtig mies! Schauen Sie nicht nur auf in Wartehalle. Logisch, ich wäre auch mies drauf, wenn ich zwei Stunden auf eine Leistungsauskunft warten müsste! Wäre ich auch – und werde ich sein, wenn ich wieder anstehe! Aber die Stimmung ist überall in diesem Amt mies. Dieses ganze Hartz4 ist ein Zwangssystem, in dem wir alle miteinander drinstecken! Und ich sehe keinen, der damit glücklich ist!”

Mir sei aufgefallen, wie schlecht die Abläufe organisiert seien, sage ich. Wie lang die Wartezeiten seien, dass die Daten nicht zusammengeführt würden, dass die Anträge unnötig kompliziert seien. Alles sei Handarbeit und endlose Warterei. Die Ämter seien – so mein Eindruck – nicht in unserer Zeit angekommen. Jedenfalls nicht die Ämter in Duisburg ...



„Da kommt auch nichts. Vergiss es!“ Sagt er und ist bei einem freundlichen ‘Du’ angekommen. „Das Hartz4 ist die Stadt. Und Duisburg ist runter gewirtschaftet. Schuldenspirale, eher ein ABGRUND. Nur das Land und der Bund könnten Mittel freigeben. Tun sie aber nicht. Das Land ist pleite, und der Bund spart. Das Amt hier in Duisburg ist 20 Jahre hinter einer modernen Verwaltung zurück. Und es wird auch so bleiben.“ Er steht auf und reicht mir die Hand. “Der nächste Fall wartet”, sagt er entschuldigend.

Er lächelt bitter: “Wir sehen uns Ende des Jahres auf der anderen Seite.”

Teil 12: Meine „Hartz-IV-Karriere“!

Der Autor:

Felix Coeln ist seit rund 30 Jahren bürgerschaftlich engagiert z. B. in der Emanzipationsarbeit, Namensgeber des SchuLZ (Schwulen und Lesben Zentrum, Köln, 1985 – 2003), seit 2005 Grundeinkommensaktivist. Seit 2010 Vorstandsmitglied der Kölner Initiative Grundeinkommen e. V., im europäischen Raum mit Vorträgen u. a. zum BGE unterwegs.



Meine „Hartz-IV-Karriere“ geht sehr lange zurück, bis in meine Kindheit. Meine alleinerziehende Mutter war nach der Scheidung eine Zeit lang im Sozialhilfebezug. Sie kam aber bei einem ansässigen Autokonzern als Küchenhilfe unter. In den 70ern war das noch relativ einfach.

Ich selbst bin hochbegabt und habe keine innere Stabilität aus mir selbst heraus herstellen können, sodass ich nach einer serpentinartigen Laufbahn in der Schule ohne Berufsabschluss ins Erwachsenenalter einstieg. Denn zusätzlich dazu, dass ich ohne Vater aufgewachsen bin, bin ich de facto auch ohne Mutter aufgewachsen, weil sie zusätzlich zu ihrer regulären Arbeit noch in einem Kiosk tätig war und anschließend noch putzen ging.

Mit 12 Jahren habe ich meine erste eigene bezahlte Arbeit in einem anderen Kiosk und mit Zeitungen ausfahren begonnen. Trotzdem war mein bisheriges Leben fast durchgängig von relativer Armut geprägt – mit allen Nachteilen, insbesondere sozialer Ausgrenzung.

Mit 31 machte ich mich selbstständig. Ich gab Computerkurse für Senioren. Dazu sagte mal jemand: „Ach, das ist ja ehrenamtlich.“ Das habe ich zwar 12 Jahre gemacht, aber meine Einkünfte waren so gering, dass ich 2006 aufstocken musste. Ein erheblicher Unterschied zu der Zeit, als ich in der Vergangenheit auch selbst Sozialhilfe bezog. Ich habe sogar über die Jahre drei Mal Räumungen und Zeiten ohne festen Wohnsitz kennenlernen dürfen.

In der Ökonomie spricht man von Depression als schlimmsten Zustand einer Wirtschaft. Ich selbst kann mittlerweile auf rund 30 Jahre Depression zurückschauen. Mich hat aber schon häufig gewundert, wieso niemand einen Zusammenhang herstellt zwischen wirtschaftlicher und psychischer Depression. Für mich ist er eindeutig klar.

Nicht nur verweist Dr. Anna Reid (PDF) , Präsidentin der Canadian Medical Association darauf, dass Armut mit großen gesundheitlichen Einschränkungen einhergeht, sondern Armut geht auch mit persönlicher Isolation einher.



Zum Beispiel auch dadurch, dass nicht einmal genug Geld für die Nutzung des ÖPNV vorgesehen ist (€ 25,14 Regelsatz für Mobilität, während eine Monatskarte bei den Kölner Verkehrsbetrieben € 33,90 kostet (Stand: April 2013)). Wie das machbar sein soll, hat mir noch niemand erklärt – na ja, ich kann ja die „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ einsetzen.

SOZIALE KONTAKTE WERDEN OHNEHIN VÖLLIG ÜBERBEWERTET!

Oder man wird kriminalisiert, wenn man dennoch die Infrastruktur nutzt – „Leistungserschleichung“ – obwohl diese doch eine gesellschaftliche Gesamtleistung ist und umgekehrt auch allen zur Verfügung stehen sollte. Etwa über eine Umlagenfinanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), wie es die Piraten fordern und als Teilaspekt des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE).

In meiner Selbstständigkeit habe ich ebenfalls Kurse für Jugendliche gegeben. Viele dieser Jugendlichen in prekären Verhältnissen haben schlechtere Zugangsvoraussetzungen zu den Neuen Medien als ihre Altersgenossen. Man spricht von „digitaler Spaltung“ der Gesellschaft. Auch in meiner Partei hat diese Frage eine bedeutsame Wirkung.

Nicht nur, dass ich mich immer wieder in den genannten Problemen wieder finde, ich muss mir auch noch von Mitgliedern vorwerfen lassen, dass ich nichts tue, es aber wage, Forderungen zu stellen.

Für mich ist mumble immer wieder ein Abenteuer – nicht weil ich das Know How nicht besitze, sondern die Hardware bei mir schrottig ist. Das Gleiche gilt für Beo oder Twitter ohne Mobildevice.

Auch bei uns Piraten sitzt der Gedanke tief, dass Leistungsberechtigte bescheiden und unterwürfig auftreten sollten – schließlich leisten sie nichts, was ihnen das Recht gäbe unverschämt zu sein (wem fällt auf, welcher seltsamer Twist hier wirksam ist? „Leistungsträger“ dürfen unverschämt sein? Das Untertanendenken ist lebendig wie eh und je ...).

2008 habe ich meine Selbstständigkeit beendet, bin seither im Dauerbezug und habe über die 8 Jahre unendliche Kämpfe mit der Behörde ausgefochten. Obwohl ich in den letzten 3 Jahren oft schon nach der zweiten Woche im Monat – manchmal gar nach der ersten kein Geld mehr habe (und das bedeutet, auch nichts zum Essen zu haben – ein Umstand, den Sarrazin, Henkel und Alt in ihren Traktaten unberücksichtigt ließen, dass man ohne Weiteres mit dem Alg II Satz leben könne – man kann! Aber mit zunehmender Zeit wird die Grundsituation immer angespannter ...). Ich bin als „Mitläufer“ unterwegs,

mache seit mehr als 30 Jahren ehrenamtliche Arbeit und engagiere mich für die, die noch schwächer sind als ich. Gebe Menschen mein Sofa als Schlafplatz, die keine Unterkunft haben und vieles mehr.

Besonders setze ich mich mit meiner ganzen Kraft für das BGE ein. Bin im Vorstand einer lokalen Initiative und Fachbeauftragter der Arbeitsgemeinschaft BGE. Tatsächlich lebe ich so, als gäbe es das BGE schon. Wohl bin ich weit entfernt von soziokultureller Teilhabe, von gesellschaftlicher Anerkennung, davon, einbezogen zu sein.

Mein Überlebensprinzip lautet kämpferisch bleiben. Kämpferisch für das BGE, kämpferisch für gegenseitige Unterstützung, kämpferisch gegen Ausgrenzung und soziale Kälte. Jedoch nicht selten schwinden meine Kräfte, und ich versinke in Isolation und Depression und Apathie (IDA).

Aber wenn meine Kräfte stark sind, dann schaffe ich es sogar, meine Vorträge bis ins außereuropäische Ausland auszuweiten. Ich lebe, als gäbe es das BGE bereits. Ende Februar reise ich sogar nach New York zum NABIG-Kongress und halte einen Vortrag zur Piratenpartei als einziger Partei in den deutschen Parlamenten, die das BGE im Grundsatzprogramm haben: RESET!

DIESE PARTEI STEHT FÜR MICH FÜR TEILHABE, INKLUSION UND PLURALISMUS (TIP) UND ICH FINDE, WIR SOLLTEN ALLE GENAU DIESE PRINZIPIEN OFFENSIV PROPAGIEREN.



Resümee und Dankeschön

Wir haben vor einiger Zeit zusammengesessen und uns Gedanken darüber gemacht, welche politischen Themen uns zu Anfang des Neuen Jahres auf den Nägeln brennen. 10 Jahre Hartz IV war da einfach zwingend. Die „Verstümmelung“ unseres Sozialstaates durch Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in unserem Land vieles zum Schlechten gewendet.

Alle unterschiedlichen Aspekte aufzugreifen, wäre in nur einem Beitrag nicht möglich gewesen. 10 Beiträge wollten wir sammeln zu 10 Jahren Hartz IV, und im Dezember fragten wir uns bang, ob es gelingen würde.

Es sind 12 Beiträge geworden :)

Ein fettes Dankeschön an alle Autoren für ihre Beiträge!

Christiane vom Schloß von der Flaschenpost, der Basispiratin @atarifrosch, Maja Tiegs, der stellvertretenden Vorsitzenden der Piratenpartei NRW.

Dem Landtagsabgeordneten Torsten Sommer, Autor Boris Turovskji von der Flaschenpost, sowie dem Theaterpädagogen, Blogger und Piraten Hollarius.

Der Rechtsanwältin für Sozialrecht Christina Worm, dem Autor, Schauspieler und Regisseur Johannes Ponader, sowie dem Kommunal-, Außen und sicherheitspolitisch aktiven Autor Sascha Köhle.

Danke auch an Joachim Paul, den Fraktionsvorsitzenden der Piratenpartei im Landtag NRW, an Autor und BGE-Politiker Felix Coeln, sowie an Frank Knott vom Verein Mal1Euro.

Hinweis:

In dieser Papierfassung konnten aus technischen Gründen die Links und Fußnoten nicht dargestellt werden. Hier verweisen wir gerne auf die Internetseiten mit den Inhalten. Wir bitten hierfür um Verständnis.

V.i.S.d.P:

Jürgen Hattendorf

Kontakt:

Herner Piraten (Piratenbüro)

Heidstr. 63

44649 Herne

Tel: 02325-6620852

Fax: 02325-6620856

www.piraten-herne.de

info@piraten-herne.de

